

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

ADB finanziert erneuerbare Energien

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat Anfang April ein Finanzpaket in Höhe von 12,4 Millionen US-Dollar geschnürt, um fünf pazifische Inselstaaten beim Umstieg auf erneuerbare Energien zu unterstützen. Bei den geförderten Staaten handelt es sich um die Cookinseln, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Vanuatu. Diese Inseln sind nach ADB-Angaben in besonderem Maße abhängig von der Einfuhr fossiler Treibstoffe (meist Diesel) zur Energiegewinnung. Die enorm gestiegenen Kosten für fossile Brennstoffe auf dem Weltmarkt wirkten sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der Inselstaaten aus und verhinderten eine stabile Wirtschaftslage, so Robert Kesterton, der Energiebeauftragte für die Region Ozeanien bei der ADB.

Mit den Entwicklungshilfegeldern, die aus dem asiatischen Fonds, dem Fonds für Umweltschutz, dem „Asia Clean Energy Fund“ und von der australischen Regierung stammen, sollen in einem ersten Schritt Energieberater finanziert werden, die eine nachhaltige Energiepolitik für die einzelnen Staaten entwickeln sollen. Dabei geht es vor allem darum, Bereiche zu identifizieren, in denen die Staaten extrem abhängig von fossilen Treibstoffen sind und zu eruieren, wo ein Umstieg auf die Nutzung erneuerbarer Energien möglich ist. In einem zweiten Schritt soll die Lokalbevölkerung zum Energiesparen ermutigt werden. Außerdem will man über die Vorteile regenerativer Energien aufklären.

Das Projekt läuft bei der ADB im Programmbereich „Promoting Energy Efficiency in the Pacific (Phase 2)“.

(<http://www.adb.org/Media/Articles/2011/13523-pacific-energies-efficiencies/>, Flash d'Océanie 11.04.11)

DEVFISH verlängert

Die Europäische Union (EU), die „Pacific Islands Forum Fisheries Agency“ (FFA) und das „Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft“ (SPC) haben im März mit der zweiten Phase ihres Projektes „DEVFISH“ begonnen.

Das Projekt „Development of Tuna Fisheries in the Pacific ACP-Countries“ (DEVFISH) läuft bereits seit 2005 und bezieht sich auf die finanzielle Unterstützung der EU im Hinblick auf die Entwicklung nachhaltiger Tunfischerei und der Kontrolle illegaler Fischfangflotten im Pazifik.

Das von der EU finanzierte Projekt soll pazifischen Ländern einen fairen Anteil an den Gewinnen aus den Tunfischexporten sichern. Für das nun für weitere fünf Jahre verlängerte Projekt DEVFISH II stellt die Europäische Union weitere 8,2 Millionen Euro zur Verfügung.

DEVFISH wird gemeinsam verwaltet von der FFA und der SPC und hat folgende Inhalte:

- Förderung nationaler Handlungsstrategien zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Tunfischbestände
- Transparenz bei der Vergabe von Fischfanzlizenzen an Unternehmen und private Fischer
- Hilfe bei der Vergabe des Prüfsiegels für Tunfisch, ohne das ein Export in Länder der EU nicht möglich ist
- Stärkung des Exports
- Nutzung neuer Technologien bei der Verarbeitung des Tunfischs
- Unterstützung kleiner Fischereiunternehmen
- Überwachung und Kontrolle der Gewässer
- Unterstützung regionaler Kooperation bei der Überwachung.

(<http://www.ffa.int/devfish>, <http://www.spc.int/en/component/content/article/379-devfish-creates-economic-benefits-for-pacific-islands.html>, http://www.illegal-fishing.info/item_single.php?item=news&item_id=4910&approach_id=21)

Wiederaufforstungsprojekte gestartet

Im Rahmen des diesjährigen „Internationalen Jahr des Waldes 2011“ hat das Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) Pläne vorgestellt, wonach Wälder auf der Phosphatinsel Nauru und auf den Salomonen wiederaufgeforstet werden sollen. In Workshops soll die lokale Bevölkerung in die Anpflanzungsprojekte miteinbezogen werden, so Cenon Padolina, der regionale Wald-Koordinator der SPC in Fidschi. Das Pflanzen ursprünglich auf den Inseln beheimateter Schösslinge von Teak, Eukalyptus und Mahagoni sei ein Beitrag der SPC zum Jahr des Waldes, erklärte Padolina. Wichtig sei auch, die Bevölkerung von der Bedeutung des Waldes zu überzeugen. Viele Menschen fällten wahllos zur Holzgewinnung Bäume und wüssten nicht, wie wichtig diese für ein gesundes Ökosystem seien, bemängelte der Wald-Koordinator. (*Radio Australia 24.04.11*, <http://www.un.org/en/events/iyoof2011/>)

PCC kritisiert Schweigen des PIF zur japanischen Nuklearkatastrophe

Die „Pacific Conference of Churches“ (PCC) hat das Schweigen des Pacific Islands Forum (PIF) zu der Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima infolge des verheerenden Erdbebens und Tsunamis, welches das Land heimgesucht hat, verurteilt.

Die Mitgliedsstaaten des Forums hätten ein Anrecht auf verlässliche Informationen und Berichte über nukleare Kontaminationen durch das Unglück in dem japanischen Kraftwerk, sagte der Generalsekretär des PCC, Fei Tevi. Das Forum hätte seiner Verantwortung besser nachkommen müssen, Japan zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit der Katastrophe, welche den gesamten Pazifik bedrohe, aufzufordern, sagte Tevi. Dies gelte insbesondere auch auf Grund der eigenen Geschichte des Forums und der

anti-nuklearen Identität der Region, die sich unter anderem in dem vom Forum initiierten und 1985 beschlossenen „South Pacific Nuclear Free Zone Treaty“ (der so genannte „Treaty of Rarotonga“) widerspiegelt. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp; Quelle: Islands Business 21.4.2011)

Diskussion über Arbeitsmigranten

Mitte Mai fand in der tongaischen Hauptstadt Nuku'alofa das erste „Pacific Labour-Sending Countries Forum“ teil. Thema des Treffens waren Chancen und Herausforderungen für Arbeitsmigranten, die aus kleineren pazifischen Inselstaaten für einen definierten Zeitraum zur Ausübung einer Hilfstätigkeit nach Neuseeland und Australien reisen. Dabei ging es vor allem um die großen Erfolge des so genannten „Recognized Seasonal Employer Scheme to New Zealand“ (RSE) und des „Pacific Seasonal Workers Pilot Scheme to Australia“, das die Anzahl saisonaler Arbeitskräfte aus pazifischen Anrainerstaaten und deren Aufenthaltsdauer (z.B. während der Kiwi-Ernte oder der Weinlese) in Neuseeland und Australien reguliert. Unter diesem Programm arbeiten derzeit 9.000 Pazifikinsulaner in Neuseeland, darunter rund 1.000 Tonganer und Ni-Vanuatus. Tonga nimmt seit vier Jahren an den Arbeitsmigrations-Programmen teil. Mitte Mai wurde bekannt, dass erstmals auch Papua-Neuguinea mit Beginn der diesjährigen Erntesaison Hilfskräfte entsenden darf.

Eingeladen zu dem Treffen hatte die Weltbank, die die Arbeitsmigrationsprogramme finanziell fördert. Dr. Majula Luthria, Wirtschaftswissenschaftlerin bei der Weltbank, erklärte, man sei überzeugt von den beiden Programmen und wolle diese auch zukünftig kräftig finanziell unterstützen, da damit illegale Arbeitsmigration vermieden werden könne.

Die Weltbank hatte zu dem Treffen eigens Experten aus den Philippinen und Sri Lanka eingela-

den. Diese beiden Länder verfügen über langjährige Erfahrungen in der Entsendung von Arbeitsmigranten und konnten den Vertretern der teilnehmenden Pazifikstaaten wertvolle Anregungen geben. Folgende Pazifikstaaten waren bei dem Treffen vertreten: Kiribati, Papua-Neuguinea, Salomonen, Tuvalu, Samoa, Vanuatu und Tonga. (Matangi Tonga 12.05.11, <http://www.dol.govt.nz/initiatives/strategy/rse/index.asp>, <http://www.workreadyvanuatu.com/aboutthescheme/>)

Regierung bietet Umsiedlung an

Die Regierung der Salomonen hat Inselbewohnern im Südosten der Insel Malaita Hilfe bei der Umsiedlung angeboten. Der Älteste der Dorfgemeinschaften auf dem Atoll Fanalei, Chief Wilson Filai, begrüßte die Unterstützung der Regierung. Seit Jahren litten die Atollbewohner von Fanalei und Walande unter dem Anstieg des Meeresspiegels. Auf den Inseln mangle es an Trinkwasser, einem funktionierenden Abwassersystem, Infrastruktur und einem Gesundheitssystem. Viele Frauen und Kinder hätten deshalb bereits Fanalei verlassen und seien auf das Festland umgezogen.

Der salomonische Umweltminister Moffat Fugui hatte sich bei einem Vor-Ort-Besuch von der Lage der Atollbewohner überzeugt und anschließend bekanntgegeben, dass die Regierung die Umsiedlung finanzieren würde. Das Geld dafür kommt aus dem Topf der Europäischen Union, die den Salomonen 30 Millionen US-Dollar für Projekte im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels zugesagt hatte.

Fugui erklärte, einen Großteil dieser Gelder für die Umsiedlung besonders betroffener Atollbewohner nutzen zu wollen. (Solomon Star 17.0.11, http://villages.ws/solomon_islands/Fanalei/)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Ex-Premier wird Aufsichtsratsmitglied bei Minenbesitzer

Sir Rabbie Namaliu ist Anfang März in den Aufsichtsrat von „Bougainville Copper Limited“ (BCL) berufen worden. Peter Taylor, der Aufsichtsratsvorsitzende von BCL, begrüßte die Berufung des ehemaligen Premierministers von Papua-Neuguinea. Namaliu sei ein erfahrener Staatsmann mit großer ministerieller Erfahrung und ein engagierter Bürger Neuguineas, erklärte Taylor.

Namalius Berufung muss zunächst noch bei der nächsten Jahreshauptversammlung von BCL von den Aktionären bewilligt werden. Wenn die Aktionäre zustimmen, ist Namaliu für zunächst drei Jahre in den Aufsichtsrat gewählt. Er hat dann die Option, sich für weitere drei Jahre wiederwählen zu lassen. Als Mitglied des Aufsichtsrates ist Namaliu u.a. für das Audit von BCL zuständig. Über Namalius Bezüge wurde nichts bekannt.

Info: Der 1947 in der Provinz East New Britain (Insel Neubritannien) geborene Namaliu gehört dem Volk der Tolai an. Er studierte in Port Moresby und an der „University of Victoria“ (Kanada) Politikwissenschaften und arbeitete vor seiner politischen Karriere als Dozent an der Universität von Papua-Neuguinea. 1982 wurde er für den Wahlkreis Kokopo (bei Vunapope auf Neubritannien) in das Parlament von PNG gewählt. Michael Somare ernannte ihn zu seinem Außenminister, dieses Amt hatte er bis 1984 inne. 1988 kehrten sich die Positionen um: Namaliu wurde als Parteivorsitzender der regierenden „Pangu Party“ Premierminister (bis 1992) und Michael Somare sein Außenminister. 1992 verlor Namaliu die Wahl wegen Korruptionsvor-

würfen, von denen er jedoch später entlastet wurde. Von 1994 bis 1997 war Namaliu Parlamentssprecher. 2002 ernannte ihn der dann wiedergewählte Somare erneut zum Außenminister, bei einer Kabinettsumbildung 2006 wurde er Finanzminister. Bei den Wahlen 2007 verlor Namaliu seinen Wahlkreis Kokopo und seinen Sitz im Parlament.

Seitdem sitzt Namaliu in verschiedenen Gremien und hat diverse Ämter inne, u. a. ist er im Aufsichtsrat von „Marengo Mining Limited“ und von „Kina Securities Limited“. Der hoch dekorierte und von der britischen Königin geadelte Politiker ist Mitglied im „PNG Institute of Directors“ und Vorsitzender der Investmentgesellschaft „Kina Asset Management Limited“.

Namaliu ist verwitwet und hat zwei erwachsene Söhne.

Pikantes Detail am Rande: Namaliu war zur Zeit der Bougainville-Krise (1989 bis 1997) Premierminister. Kritiker werfen ihm eine Mit-Verantwortung beim Tod tausender Menschen auf Bougainville vor.

Info II: Bougainville Copper Ltd. (BCL) ist eine australische Kupfer-, Gold- und Silberbergwerksgesellschaft. Sie ist Besitzerin der derzeit geschlossenen Panguna-Mine auf Bougainville, eine der größten Tagebauminen der Welt. Neben der Panguna-Mine gehören BCL noch weitere sieben Abbaukonzessionen auf Bougainville, für die derzeit ein Abbaumoratorium besteht. Während der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts trugen die Erträge von BCL erheblich zur Finanzierung des neuguineischen Staatshaushaltes (ca. 20 %) bei.

Hauptanteilseigner der Bougainville Copper Ltd. sind die Rio Tinto Group (53,6 %), der Staat Papua-Neuguinea (19,1 %) und die „European Shareholders of Bougainville Copper“ (ESBC) mit ca. 4 %. Die restlichen 23 % der Aktien verteilen sich auf Kleinaktionäre, von denen ein Großteil auf der Insel Bougainville beheimatet

ist. (Pressemitteilung BCL 09.03.11, *The National* 15.03.11, <http://www.bougainville-copper.eu/bougainville-copper.html>, Wikipedia)

Zur aktuellen politischen Situation

Premierminister Michael Somare ist in den letzten sieben Wochen bereits dreimal in Singapur am Herzen operiert worden. Obwohl seine Tochter, offizielle Sprecherin des 75-jährigen Premierministers, eine schwere Erkrankung kategorisch ausschließt, halten sich in Neuguinea die Gerüchte um einen bevorstehenden Rücktritt oder gar um den voraussichtlichen Tod des Premiers. Laut Beschluss des General-Gouverneurs sollen nun zwei unabhängige neuguineische Ärzte seinen Gesundheitszustand beurteilen und dem Parlament eine Empfehlung aussprechen, ob Somare weiterhin zur Ausübung der Regierungsgeschäfte fähig ist. Bis auf weiteres hat Vize-Premier Sam Abal die Tagesgeschäfte übernommen.

Mitte Mai hat die neue Sitzungsperiode des Parlaments begonnen. Doch schon zur ersten Sitzung kam nur die Hälfte der Parlamentarier in das Parlamentsgebäude, viele davon erst Stunden nach dem offiziellen Sitzungsbeginn. Weitere Sitzungstermine mussten gar wegen zu geringer Anwesenheit verschoben werden - und das ein Jahr vor den Parlamentswahlen im Juni 2012.

Zahlreiche Menschen kommentierten das laxer Verhalten der Politiker in Zeitungskommentaren und Internet-Blogs. Das mangelnde Engagement der Politiker während Somares langer Abwesenheit war ein „gefundenes Fressen“ für den Anfang Mai von der Opposition neu gewählten Oppositionsführer Belden Namah, der Sir Mekere Morauta ablöste. Der Abgeordnete für den Bezirk Vanimo-Green betonte im ersten Interview nach seiner Wahl, er begrüße die in das Parlament eingebrachte Gesetzesvorlage, nach der künftig 22 der 109 Par-

lamentarier Frauen sein sollten.

Zeitgleich zu der Eröffnung der Sitzungsperiode besuchten der neuguineische Gesundheitsminister Sasa Zibe und sein First Secretary Tana Yanzinga Mission EineWelt in Neuendettelsau. Bei einem sehr persönlichen Gespräch in der Pazifik-Infostelle äußerte Zibe die Hoffnung auf einen baldigen Führungswechsel. Zibe betonte die hohe Korruptionsbereitschaft einiger Abgeordneter-Kollegen und lobte die enge politische und persönliche Zusammenarbeit der 28 lutherischen Christen unter den Parlamentariern. (*Radio Australia* 10.05.11, *Pacific Islands Report* 10.- 25. Mai 2011, Gespräch mit Sasa Zibe am 23.05.11)

Kredit bei chinesischer Bank aufgenommen

Erstmals hat die Regierung von Papua-Neuguinea einen Kredit in Höhe von 340 Millionen US-Dollar bei der „Export Import Bank of China“ aufgenommen. Der Kreditvertrag wurde in Beijing persönlich von Finanzminister und Schatzmeister Peter O'Neill unterzeichnet. O'Neill betonte einerseits die attraktiven Konditionen, die die staatliche Exim-Bank der Regierung geboten habe. Andererseits wies er auf die langjährige gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und PNG hin. Bereits vor 200 Jahren seien die ersten chinesischen Geschäftsleute nach Neuguinea gekommen, sagte O'Neill. Inzwischen unterhalte man solide wirtschaftliche Beziehungen zu China.

Mit den Geldern will die Regierung von Papua-Neuguinea das Bildungs- und Erziehungsministerium beim Aufbau eines Netzwerkes kommunaler Schulen im ländlichen Raum unterstützen. Außerdem soll ein Teil des Geldes zur Einrichtung eines regierungseigenen Informationssystems (Integrated Government Information System, IGIS) im Ministerium für Information und Kommunikation genutzt werden. (*The National* 28.03.11, <http://english.eximbank.gov.cn/>)

Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst

Der Minister für den Öffentlichen Dienst, Moses Maladina, stellte Anfang April eine Lohnsteigerung für Angestellte im Öffentlichen Dienst in Aussicht. Beginnend in diesem Jahr sollen die Löhne in den nächsten drei Jahren um insgesamt 7,5 % steigen. Die Gehaltserhöhung soll vor allem Lehrern zugute kommen, die derzeit relativ schlecht bezahlt werden. Langjährige Angestellte beim Staat sollen zudem Vergünstigungen erhalten, wie etwa niedrigere Mieten oder die Nutzung eines Dienstwagens auch zu privaten Zwecken. Maladina erklärte zudem, man wolle eine Eingabe beim Finanzministerium um Senkung der Einkommenssteuer für Geringverdienende machen.

Die Gewerkschaft der Angestellten im Öffentlichen Dienst, die „PNG Public Employees Association“ (PNGPEA), begrüßte die angekündigte Lohnerhöhung, vor allem angesichts eines im März erfolgten mehrtägigen Ärztestreiks um bessere Bezahlung.

(*Post-Courier* 04.04.11, *Flash d'Océanie* 06.04.11)

Ogio zum Ritter geschlagen

Am 26. April hat die britische Königin Elizabeth II. den Generalgouverneur von Papua-Neuguinea, Michael Ogio, im Weißen Zimmer von Schloss Windsor zum Ritter geschlagen. Der 69-jährige Ogio wurde zum *Knight Grand Cross* des „Order of St. Michael and St. George“ ernannt.

Michael Ogio war 2000 Forstminister in der Regierung Mekere Morauta und seit Mai 2001 stellvertretender Ministerpräsident. In der Regierung von Michael Somare war er von 2007 bis 2011 Minister für Hochschulwesen, Forschung, Wissenschaft und Technologie. Er war Parteichef der *People's Democratic Movement Party* und Vertreter

Bougainvilles im Parlament von Papua-Neuguinea. Seit dem 25. Januar 2011 ist Ogio gewählter Generalgouverneur von Papua-Neuguinea. (*Post-Courier* 20.01.11, <http://www.flickr.com/photos/britishmonarchy/5658379118/>)

„Professioneller“ Stammeskrieg

Im Dorf Mamale (Provinz Enga) ist es Ende April zu einem professionell organisierten Stammeskrieg gekommen. Rund 3.000 (!) mit Schnellfeuer-Gewehren und Handgranaten ausgerüstete Männer hatten sich zu dem Kampf auf einer freien Fläche nahe der „Laiagam High School“ verabredet.

Ein seit Monaten schwelender Konflikt um ein Stück Land zwischen zwei Männern aus benachbarten Klanen fand damit seinen traurigen Höhepunkt. Obwohl beide Männer in ihrem Streit bereits das Gericht angerufen hatten und dieses zugunsten eines Mannes entschieden hatte, konnte sich der Klan des anderen Mannes nicht mit der Entscheidung abfinden und rief zum Kampf auf. Die sofort herbeigeholte Polizei konnte den Tod eines Mannes und Schusswunden mehrerer anderer Kämpfer zwar nicht verhindern. Doch durch das mutige Eingreifen des Polizeichefs Martin Lakari, der sich persönlich in die Mitte des Kampffeldes gestellt hatte, konnten immerhin weitere Opfer vermieden werden. (*The National* 26.04.11)

„Schuh-König“ investiert in POM

Ein chinesischer Geschäftsmann will noch in diesem Jahr in Port Moresby eine Schuhfabrik bauen. Die 70 Millionen Kina teure Anlage soll 300 Arbeitskräfte beschäftigen.

Wilson Xue, in seinem Heimatland China als „Schuh-König“ bekannt, ist Inhaber der Firma AUSPECT, die große Schuhgeschäfte in Sydney, Brisbane und

Melbourne betreibt, ihre Schuhe aber in China herstellen lässt. Xue exportiert jährlich Millionen Schuhe in alle Welt. Bei etlichen Besuchen in Port Moresby kam ihm die Idee zum Bau einer Schuhfabrik vor Ort. Papua-Neuguinea habe durch seine Bodenschätze das Potential, ein reiches Land zu werden, ein Geschäftsmann käme da um Investitionen nicht herum, so Xue. (*The National* 08.03.11)

† Ulli Beier

Am 3. April starb im Alter von 88 Jahren der deutsche Schriftsteller und Sprachwissenschaftler Ulli Beier in Annandale (Sydney, Australien).

Beier wurde am 30. Juli 1922 in Glowitz (Pommern) geboren. Nach der Machtergreifung 1933 wanderte die jüdische Familie nach Palästina aus. Beier machte an der Universität von London ein Fernstudium, später studierte er dort Phonetik. Mit seiner Frau Suzanne Wenger, einer renommierten österreichischen Künstlerin, ging er 1950 nach Nigeria, wo er an der University of Ibadan unterrichtete. In Nigeria lernte Beier die Kunst der Yoruba kennen und schätzen. Nachdem Beier 1956 von einer Konferenz schwarzer Autoren in Berlin nach Ibadan zurückgekommen war, gründete er dort die Zeitschrift *Black Orpheus*, die in den folgenden Jahren das hauptsächliche Forum für viele nigerianische Dichter und Autoren wurde. Beier stellte unter anderem durch seine Übersetzertätigkeit manche afrikanische Dichter dem internationalen Publikum vor, machte sie bekannt und veröffentlichte sie beispielsweise in Anthologien.

Das Ehepaar Beier gründete in Oshogbo eine Galerie für zeitgenössische Kunst und ein Museum, das heutige „Ulli Beier Museum“.

1968 verließ Beier ohne seine Frau Nigeria und ging nach Papua-Neuguinea. Hier organisierte er gemeinsam mit seiner zweiten Frau Georgina Beier die erste

Kunstaussstellung am „Centre for New Guinea Cultures“ an der University of Papua New Guinea. In der Ausstellung wurden Bilder des neuguineischen Malers Timothy Akis gezeigt, der später zu Weltruh gelangen sollte. Beier gründete außerdem eine literarische Monatszeitung, die „Kovave: A Journal of New Guinea Literature“, in der neben Texten auch Bilder von Akis und dem später ebenfalls berühmt gewordenen Maler Mathias Kauage abgedruckt wurden. Er ermutigte zudem Albert Maori Kiki zum Schreiben seiner Autobiographie und gab dann 1986 als Verleger dessen Buch „Ten Thousand Years in a Lifetime“ heraus.

1981 kehrte Familie Beier nach Bayreuth zurück. Im gleichen Jahr wurde in Bayreuth das IWALEWA-Haus eingeweiht, das zur Unterstützung der Studien am Afrika-Schwerpunkt der Uni Bayreuth dient und außereuropäische Kunst und Kultur einem breiteren Publikum vorstellen soll. Beier war bis 1985 Direktor des Hauses.

1995 und 1997/1998 wurde Beier von dem tongaischen Schriftsteller Epeli Hau'ofa als Gastprofessor an das neu gegründete „Oceania Center for Arts and Culture“ an der University of the South Pacific in Fidschi berufen.

(Nachruf von Thorolf Lipp 04.04.11, Wikipedia, http://234next.com/csp/cms/sites/Next/ArtsandCulture/5687071-147/ulli_beier_dies_at_88_.csp)

BOUGAINVILLE

Momis trifft BCL-Chef

Eine Australienreise Anfang März hat der Präsident der Autonomen Provinz Bougainville, John Momis, zu Gesprächen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden von „Bougainville Copper Limited“ (BCL), Peter Taylor, genutzt. Grund des Gesprächs waren Überlegungen, wie und unter welchen Voraussetzungen die Panguna-Mine wieder eröffnet werden könnte. Bei dem freundschaftlichen Ge-

spräch sei es noch nicht um Details gegangen, verriet Momis in einem Radio-Interview mit Jemima Garrett von „Radio Australia“. Es sei zunächst einmal darum gegangen, Vertrauen aufzubauen. In der Vergangenheit hätten die Menschen in Bougainville sehr unter BCL gelitten, erklärte Momis. Sollte es zu einer Wiederinbetriebnahme der Mine kommen, müsste vor allem ein neues Abkommen zwischen BCL und den traditionellen Landeignern geschlossen werden, zeigten sich Momis und Taylor einig. Man müsse weg von der durch die Kolonialgeschichte geprägten Vereinbarung hin zu einem partnerschaftlich ausgerichteten Abkommen, in dem Minenkonzern und Einheimische in gleicher Weise von der Mine profitierten, forderte Momis. Wichtig sei die Schaffung von Arbeitsplätzen für Einheimische und die gerechte Verteilung der Gewinne aus der Verpachtung von Land.

Derzeit erwägen Landeigner aus sechs Pachtgrundstücken den Zusammenschluss zu einer gemeinsamen Landeignervereinigung, um bei künftigen Verhandlungen mit einer Stimme sprechen zu können. Sollte der Zusammenschluss klappen, könne man noch in diesem Jahr mit ersten Verhandlungen rechnen, so Momis.

Die Gegner der Mine dürfe man jedoch nicht mundtot machen, sagte Momis weiter. Jeder habe das Recht auf eine eigene Meinung. Die Angst der Menschen vor der Wiedereröffnung der Mine könne man ihnen nur durch Informationen und Aufklärung nehmen, erklärte Präsident Momis. Vorrangiges Ziel seiner Regierung sei es, der Insel Bougainville eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft zu sichern, der Minenbetrieb könne dazu entscheidend beitragen.

Für den Zeitraum 2015 bis 2020 ist eine Volksabstimmung über die politische Zukunft Bougainvilles geplant. (Gespräch zwischen Jemima Garrett und John Momis auf Radio Australia vom 8. März 2011)

Finanzielle Unterstützung durch PNG

Die Regierung von Papua-Neuguinea unterstützt die autonome Provinz Bougainville ab 2011 für die nächsten fünf Jahre mit 100 Millionen Kina jährlich (ca. 28 Mio. Euro). Damit steigt der bisherige Haushalt der Provinz in Höhe von 70 Mio. Kina um mehr als das Doppelte auf 170 Mio. Kina jährlich.

Mit dem Geld sollen Infrastrukturmaßnahmen, Bildungs- und Gesundheitsprojekte sowie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung unterstützt werden, erklärte Schatzmeister Peter O'Neill. Bereits im März des Jahres wurde die erste Tranche überwiesen mit der Auflage, Infrastrukturmaßnahmen in entlegenen Regionen der Insel zu finanzieren. So soll die Straße zwischen Kokopau und Selau asphaltiert werden (20 Mio. Kina), auch die Ring Road in Buka benötigt eine neue Asphaltdecke (5 Mio. Kina). In der Stadt Buka selber sollen Instandhaltungsmaßnahmen mit drei Mio. Kina finanziert werden, weitere zwei Mio. Kina dienen dem Ausbau des Kommunikationsnetzes. (Post-Courier 04.04.11)

Weltbank unterstützt Frauenorganisationen

Die Weltbank hat Frauenorganisationen in der autonomen Provinz Bougainville einen nicht rück zu zahlenden Kredit in Höhe von sechs Millionen Kina (ca. 1,8 Mio. Euro) bewilligt. Das Geld kommt aus dem „State and Peace-Building“-Fonds und soll genutzt werden, um Frauen verstärkt in politische Entscheidungsprozesse auf der Insel einzubinden. Das erklärte ein Vertreter der Weltbank bei der Unterzeichnung des Darlehens Anfang März, an dem auch Vertreter der neuguineischen Regierung teilnahmen.

Die autonome Regierung der Provinz (Autonomous Bougainville Government, ABG) begrüßte

die finanzielle Unterstützung der Frauenorganisationen. Damit würde der Status von Frauen in der Gesellschaft gestärkt. Mit dem Geld könnten gerade auch Frauen in ländlichen Regionen unterstützt werden, die sich in der Friedens- und Versöhnungsarbeit engagierten, erklärte ABG-Vizepräsident Patrick Nisira.

Info: In der Vorkriegssituation hatten Frauen traditionell eine starke Rolle in Politik und Gesellschaft, da Land in Bougainville über die mütterliche Linie vererbt wird. Durch die zehnjährige Krise wurden Frauen jedoch marginalisiert und von den Entscheidungsprozessen und Verhandlungen der verschiedenen Fraktionen weitestgehend ausgeschlossen. Sie waren von Gewalt, Hunger und Not bedroht und konnten ihrer Führungsrolle nicht mehr gerecht werden. So zumindest die Argumentation der Weltbank auf ihrer Homepage, warum man ein Projekt zur „inkluisiven Entwicklung“ („Inclusive Development in Post-Conflict Bougainville“, IDIB) fördere.

Das IDIB-Projekt soll dabei in drei Phasen durchgeführt werden: 1) Kapazitätsaufbau: Durchführung von Workshops für Frauenorganisationen zur Stärkung ihrer Führungsqualitäten. 2) Vergabe von Mikrokrediten an Frauenorganisationen zur Durchführung von Projekten auf Gemeindeebene, wie etwa Aufbau von Schulen, infrastrukturelle Anbindung ländlicher Regionen, Zugang zu lokalen Märkten, Training in den Bereichen Landwirtschaft, Kunsthandwerk und Ökotourismus sowie Gesundheitsvorsorge und Aufklärung. 3) Projektmanagement und Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Frauengruppen. (*The National* 07.03.11, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFICEXT/APUANEWGUINEAEXTN/0,,contentMDK:22851295~menuPK:333773~pagePK:2865066~piPK:2865079~theSitePK:333767,00.html>)

SALOMONEN

Ergebnisse der Volksbefragung

Die von „ANU Enterprise“, dem kommerziellen Zweig der Australian National University (ANU), durchgeführte Volksbefragung unter 5.000 Einwohnern der Salomonen ergab, dass viele Solomon Islander mit der Entwicklung ihres Staates zufrieden sind.

Der „2010 People's Survey“ wurde Anfang April von Premierminister Danny Philip der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Fragebogen beinhaltete Fragen zu den Themen Sicherheit, Wirtschaftslage, Zugang zu öffentlichen Diensten und Informationen, Unterstützung der RAMSI („Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“), Führerschaft der Politiker und Transparenz politischer Entscheidungen.

ANU Enterprise hatte für die Befragung 5.000 Menschen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Die Mitarbeiter von RAMSI beteiligten sich bei der Verteilung der Fragebögen.

Der Survey findet jährlich seit 2006 statt und ist die größte Volksbefragung auf den Salomonen. Der Regierung, die den Auftrag zur Befragung erteilt hatte, geht es vor allem darum, Erfolge der Arbeit von RAMSI zu dokumentieren und die im „Partnership Framework“ genannten Ziele einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Das „Partnerschaftsabkommen“ mit der RAMSI regelt im Detail, was die Regierung der Salomonen von den RAMSI-Mitarbeitern erwartet.

Die Befragung ergab u. a., dass 66 % aller Befragten ihr Haupteinkommen durch den Verkauf von Obst und Gemüse auf dem Markt erzielen. Weniger als 50 % der Befragten haben Zugang zu sauberem Trinkwasser. 38 % der Teilnehmenden äußerten sich positiv zur „Royal Solomon Islands Police Force“ und lobten deren Einsatz für Ordnung und

Sicherheit. 84 % begrüßten die Anwesenheit von RAMSI im Land. 85 % aller Teilnehmer wünschten sich Frauen im Parlament und würden es begrüßen, wenn einige Sitze im Parlament eigens für Frauen reserviert würden. (*2010 People's Survey online, RAMSI Pressemitteilung 07.04.11*)

Starke Abholzung der Regenwälder

Das salomonische Forstministerium hat bei der Besprechung des Haushaltsplanes für das Jahr 2011 alarmierende Zahlen vorgelegt. So wurden in den letzten drei Jahren jährlich etwa eine Million Kubikmeter tropischer Regenwald abgeholzt. Das Ministerium hat eigentlich die Maßgabe von 400.000 Kubikmetern Abholzung pro Jahr festgelegt. Alles, was darüber hinausgeht, sei nicht mehr nachhaltig, erklärte ein Ministeriumssprecher. Er ergänzte, dass man bei der momentanen Abholzungsgeschwindigkeit davon ausgehen könne, dass ab dem Jahr 2019 keine natürlichen Regenwälder mehr übrig seien, sondern nur noch Holz aus künstlich angelegten Forstplantagen gerodet werden könne. Derzeit gibt es noch fünf Millionen Hektar ursprünglichen tropischen Regenwald im melanesischen Inselstaat.

Für die Zukunft seien Wiederaufforstungsprojekte wichtig, erklärte der Forstbeamte. Zwei einheimische Firmen, „Eagon Pacific Plantation Limited“ und „Kolombangara Forestry Products Limited“, seien bereits in derartigen Projekten in der Western Province und auf der Insel Choiseul engagiert, hieß es seitens des Ministeriums. Man wolle nun versuchen, auch Familienbetriebe und Kleinstunternehmen für die Anpflanzung von Baumsprösslingen zu gewinnen, hieß es weiter. Wiederaufforstungsprojekte seien ein erster Schritt bei dem Versuch, neue Wälder auf den Inseln anzulegen. (*Solomon Star* 19.03.11, <http://www.gdrc.org/oceans/csevilla.html>)

Weltbank unterstützt arbeitslose Jugendliche und Frauen

Ein „Rapid Responses to Crises and Emergencies“-Projekt der Weltbank ist im März des Jahres erfolgreich bilanziert worden. Das Projekt war im Juni 2010 von der Weltbank ins Leben gerufen worden, um die durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen in der Hauptstadt Honiara zu unterstützen. Das größte Problem in der dicht besiedelten Hauptstadt stellen arbeitslose Jugendliche dar sowie alleinerziehende Frauen. 33 % der Gesamtbevölkerung Honiaras leben unterhalb der Armutsgrenze. Bei dem „Rapid Employment“-Projekt der Weltbank sollte es darum gehen, diese Gruppen schnell und unkompliziert in einen befristeten Job zu vermitteln, um sie „von der Straße“ zu holen und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen.

Im März des Jahres stellte die Weltbank nun erste Ergebnisse des Projektes vor: 2.863 Menschen – darunter je 50 % Jugendliche und 50 % Frauen - wurde eine Kurzzeit-Arbeit verschafft, sie arbeiteten durchschnittlich 14 Tage am Stück. 171.600 US-Dollar konnten an arbeitslose städtische Jugendliche ausbezahlt werden. Insgesamt konnten mehr als 100 Gemeinden („community groups“) mit dem Projekt erreicht werden.

Info: Das auf fünf Jahre angelegte Projekt wird ca. 7,2 Millionen US-Dollar kosten. 3,2 Mio. US-\$ übernimmt die „International Development Association“, zwei Mio. Dollar kommen aus dem „State and Peace-Building“-Fonds der Weltbank und weitere zwei Millionen Dollar aus dem „Pacific Region Infrastructure Facility“-Programm. Projektpartner sind AusAID und die „Asian Development Bank“.

Das Projekt ist dezidiert auf Kurzzeiterfolge ausgelegt. Nach Angaben der Weltbank sollten mit

dem Kurzeiteinsatz von benachteiligten Gruppen vor allem soziale Unruhen in der Stadt vermieden werden und Jugendliche vor dem übermäßigen Konsum von Alkohol und Drogen bewahrt werden.

(<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFIC/EXTERNAL/ACIFICISLANDS/EXTN/0,,contentMDK:22871232~menuPK:441893~pagePK:2865066~piPK:2865079~theSitePK:441883,00.html?cid=EXTEAPMonth1>)

RAMSI ehrt junge Frau

Der Koordinator der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI), Graeme Wilson, hat beim jährlichen Frauenfrühstück eine junge Frau mit dem „Special Coordinator's Award for Women“ ausgezeichnet. Die 24-jährige Mayline Sese-Taghoa erhielt ihre Urkunde vor rund 200 Frauen aus Wirtschaft, Politik und dem ländlichen Raum. Die Frauen waren auf Einladung der RAMSI zum „Frauenfrühstück“ in die Hauptstadt Honiara gekommen. Einmal jährlich zeichnet der Koordinator der Einsatzkräfte einheimische Frauen aus, die sich besonders für das Wohlergehen von Frauen auf den Salomonen einsetzen.

Frau Sese-Taghoa arbeitet mit Frauengruppen in mehreren Gemeinden auf West-Guadalcanal. Sie beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssituation von Frauen auf den Inseln und hat dazu ein Projekt entwickelt. Das so genannte „Farm Fresh Program“ ist ein Zuchtprogramm für Fische und Meeresfrüchte. Auf Fischfarmen in den Gemeinden Areatakiki und Arulighu werden Fische und Meeresfrüchte eigens für den Bedarf der Gastronomie auf den Salomonen gezüchtet. Durch den Verkauf der frischen Ware an Hotels und Restaurants erzielen die Frauen ein eigenes Einkommen.

Mayline Sese-Taghoa ist außerdem Mitglied im Aufsichtsrat der „Young Women's Christian Association“ (YWCA) der Salomonen und Teilnehmerin am „Girls for

Change“-Programm der Regierung, das Frauen zur Teilnahme am Politgeschehen ermutigt. *(Pressemitteilung RAMSI 11.03.11)*

Umzug der Landeigner im Minengebiet

Landeigner auf dem Gebiet der „Gold Ridge Mine“ südöstlich der Hauptstadt Honiara auf der Insel Guadalcanal ziehen derzeit in Neubauten außerhalb des Minengebietes um. Der Minenbetreiber „Allied Gold“ hat bereits im Dezember letzten Jahres mit der Umsiedlung der ersten Familien aus dem Tagebauggebiet begonnen. Der Bergbaukonzern hat dazu zwei künstliche Dörfer bei Bubulaki und Ravua angelegt. Alle Landeignerfamilien bekommen ein eigenes Haus mit zwei bis drei Schlafzimmern, Küche, Badezimmer und Hauswirtschaftsraum.

Der Betreuer der neuen Dörfer, Bauleiter Kenneth Pata, zeigte sich begeistert von der Kooperationsbereitschaft der Landeigner. Sie hätten ohne Proteste ihre Dörfer verlassen und die Neubauten bezogen, erklärte Pata. Noch in diesem Jahr soll der Umsiedlungsprozess abgeschlossen sein. Die Landeigner ziehen nacheinander in die Dörfer, da die Häuser nicht gleichzeitig fertiggestellt werden können. Baumaterial und Baumaschinen müssen kostspielig auf das Gelände transportiert werden.

„Allied Gold“ hat die „Gold Ridge Mine“ im März 2010 von „Australian Solomons Gold Ltd.“ übernommen und mit Renovierungsarbeiten in Höhe von 150 Millionen US-Dollar begonnen. Noch bis zum Sommer des Jahres soll die Mine in vier offenen Tagebergwerken mit dem Abbau von Rohstoffen beginnen. Der Konzern rechnet mit einer Fördermenge von 12.000 Feinunzen Gold pro Jahr. *(Solomon Star 28.02.11, <http://www.alliedgold.com.au/>)*

FIDSCHI

Diplomatische Krise mit Tonga nach Maras „Evakuierung“

Die „Flucht“ von Ratu Tevita Ului-lakeba Mara, einem hochrangigen fidschianischem General, nach Tonga, hat deutliche diplomatische Verstimmungen zwischen den beiden Ländern ausgelöst. Die weitere Entwicklung der Situation ist noch nicht absehbar, es steht aber eine weitere Zuspitzung zu befürchten, welche Auswirkungen auf die gesamte Region haben könnte.

Tevita Mara, der jüngste Sohn des früheren fidschianischen Premierministers Ratu Sir Kamisesse Mara, galt nach dem Militärputsch von 2006 lange als einer der wichtigsten Unterstützer der militärischen Übergangsregierung unter Voreqe Bainimarama, hatte zuletzt aber mit diesem gebrochen und mehrfach öffentlich die Regierung und mangelnden Fortschritt auf dem Weg zur Demokratie kritisiert. Daraufhin wurde er in Fidschi der Volksverhetzung angeklagt. Nach eigener und tongaischer Darstellung befand er sich Mitte Mai auf einer äußeren fidschianischen Insel, als er während des Fischens auf das Meer hinaus trieb, in Seenot geriet und von einem Patrouillenboot aus Tonga gerettet wurde. Fidschi unterstellt Tonga, an einer Verschwörung gegen die Regierung beteiligt zu sein und Mara nur vor einem Verfahren in Fidschi bewahren zu wollen. Tatsächlich hieß es, Mara stünde unter dem persönlichen Schutz der tongaischen Königsfamilie, welche enge familiäre Beziehungen zu der Familie Maras unterhält.

Fidschi verlangte umgehend die Auslieferung Maras, was von Tonga jedoch abgelehnt wurde. Außerdem hieß es in Tonga, dass noch kein förmlicher Auslieferungsantrag bei den tongaischen Behörden eingegangen sei. Eine Auslieferung sei auf Grund der unklaren politischen Verhältnisse auf Fidschi jedoch unwahrschein-

lich. Fidschi sieht in der Aktion nicht nur eine Verschwörung, sondern auch eine vorsätzliche Verletzung der fidschianischen Hoheitsgewässer durch Tonga. Die fidschianische Übergangsregierung wirft der tongaischen Marine vor, Mara nicht aus Seenot gerettet zu haben, sondern unter vorsätzlicher Verletzung fidschianischer Hoheitsgewässer aus Fidschi abgeholt und nach Tonga in Sicherheit gebracht zu haben. Tonga bestreitet dies zwar, hat aber auch verkündet, dass es den genauen Grenzverlauf zwischen den beiden Staaten als nicht abschließend geklärt betrachtet. Somit ist unabhängig von dem Verbleib Maras in Tonga auch ein Streit um die genauen Seegrenzen zwischen den beiden Staaten entbrannt.

Mara hat sich aus Tonga in mehreren Videobotschaften, in welchen er die fidschianische Übergangsregierung massiv kritisiert hat, an die Bevölkerung der Staaten des Pazifiks gewandt. Unter anderem forderte er von Australien und Neuseeland härtere Sanktionen gegen das Regime. Offiziell reagierten Australien und Neuseeland zurückhaltend und betonten, es handele sich um eine bilaterale Angelegenheit zwischen Tonga und Fidschi und man plane keine neuen Sanktionen. Gleichzeitig wurde jedoch bekannt, dass die politische Lage Fidschis und die angespannte Lage zwischen Tonga und Fidschi zu einem zentralen Thema bei einem Staatsbesuch des neuseeländischen Premierministers John Key und seines Außenministers Murray McCully in Washington bei der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton wurde.

Während andere Regierungen der Region sehr besonnen reagierten, reagierte der samoanische Regierungschef, der für seine verbalen Auseinandersetzungen mit Bainimarama berüchtigt ist, mit Hohn und sprach von einer glorreichen Rettungsaktion durch Tonga – Fidschi müsse Tonga zutiefst dankbar sein für

die Rettung des prominenten Angeklagten.

Anders als zum Beispiel Samoa, hatte Tonga vor den aktuellen Ereignissen einen vergleichsweise gemäßigten Kurs gegenüber Fidschi unterstützt.

Nachdem Bainimarama zunächst zutiefst empört reagiert hatte und angekündigt hatte, Mara um jeden Preis nach Fidschi zurückholen zu wollen, ist seine Regierung inzwischen ein wenig zurückgerudert. Bainimarama sagte, Mara müsse einer gerechten Gerichtsverhandlung in Fidschi zugeführt werden, er sei aber nicht von zentraler politischer Bedeutung für Fidschi. Auch wies er Gerüchte eines Rücktrittes des fidschianischen Präsidenten Ratu Epeli Nailatikau zurück, der ein Schwager Maras ist. Inzwischen wurde die Polizei damit beauftragt, den Fall zu untersuchen und Hinweise dafür zu sammeln, wie genau es zum Eindringen der tongaischen Marine in fidschianische Gewässer und dem Verschwinden Maras kommen konnte.

Beobachter sehen in der Lossagung Maras von Bainimarama, die als enge Weggefährten galten, ein Anzeichen für einen schwindenden Rückhalt der fidschianischen Regierung im Militär. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Oliver Hasenkamp. Quellen: tägliche Meldungen von Islands Business zwischen dem 16.5.2011 und dem 24.05.2011)

Steigende Armut trotz Wirtschaftswachstum

Trotz eines steigenden Wirtschaftswachstums nimmt die Armut auf Fidschi weiter zu. Dies bemängelt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP), welches mit einer Mission auf Fidschi vertreten ist. Der Koordinator von UNDP auf Fidschi, Knut Ostby, kritisiert gleichzeitig, dass es nicht genügend Bemühungen seitens der fidschianischen Regierung zur Bekämpfung der Armut gebe. Laut UNDP ist die Armut in Fi-

dschi von 25 % in 1990 auf etwa 40 % der Bevölkerung im Jahr 2008 angestiegen. Ostby glaubt deshalb nicht mehr daran, dass Fidschi sein in den *Millenium Development Goals* (MDGs) der Vereinten Nationen festgelegtes Ziel einer Armutshalbierung bis 2015 einhalten können werde. Es gebe einige gute Ansätze und Programme zur Unterstützung armer Menschen und zur Bekämpfung der Armut auf Fidschi, diese seien jedoch nicht effektiv genug und in der Praxis müsse mehr getan werden.

Nahezu zeitgleich mit der Kritik wurde bekannt gegeben, dass die fidschianische Wirtschaft in diesem Jahr nicht um, wie bisher angenommen, etwa 1,3 %, sondern voraussichtlich um 2,7 % steigen wird. Dazu trügen vor allem die Agrar- und Fischereisektoren, Forst- und Fertigungswirtschaft sowie anhaltend hohe Besucherzahlen im Tourismussektor bei, sagte der geschäftsführende Direktor der fidschianischen Zentralbank, Barry Whiteside. Die tatsächlichen Auswirkungen des Wachstums auf die Menschen seien aber gering, hieß es.

In der Tat scheint die Schere zwischen Arm und Reich in dem Land immer weiter auseinander zu gehen. So nehmen insbesondere die Berichte über eine deutliche Zunahme der Zahl der Bettler in der fidschianischen Hauptstadt Suva zu. Knut Ostby von UNDP bestätigt die Sichtbarkeit des Problems, schränkt jedoch ein, dass es in der ganzen Welt in allen Großstädten Bettler gebe und das Problem in Suva noch geringer sei als in vielen anderen Städten. Hassan Khan, Direktor des *Fiji's Council of Social Services*, geht in einem Interview mit dem australischen Sender ABC sogar weiter und kritisiert, dass viele Fidschianier deshalb auf die Straße gehen, weil sie sich auf einfache Weise etwas „dazuverdienen“ wollen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp; Quellen: ABC Radio Australia, *Islands Business* 28.4.2011, *Islands Business* 29.4.2011)

Inhaber von Fiji Times zu Gefängnisstrafe verurteilt – Online-Version offline

Mahendra Mohitibai Patel, der neue Inhaber der *Fiji Times*, ist zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Grundlage der Anklage gegen Patel und seinen Kollegen Tevita Peni Mau, der zu neun Monaten Haft verurteilt wurde, ist der Vorwurf des Amtsmissbrauchs gegen beide Personen in ihren früheren Stellungen bei der *Post Fiji*. Angeblich soll Patel, der unter anderem auch Inhaber der fidschianischen Kaufhauskette *Prouds* und einer der wichtigsten fidschianischen Geschäftsmänner ist, bei Renovierungsarbeiten eine Uhr im Wert von 40.000 US-\$ angeschafft haben. Die Anschaffung sei über *Prouds* abgewickelt worden, so dass Patel ein persönlicher Vorteil entstanden sei. Patel streitet die Vorwürfe ab und war nach eigener Aussage gar nicht an der Anschaffung beteiligt.

Auch wenn die Verurteilung offiziell in keinem Zusammenhang zur Übernahme der *Fiji Times* durch Patel steht, hat diese scheinbar doch direkte Auswirkungen auf die Berichterstattung in Fidschi. So ist die Online-Ausgabe der *Fiji Times* seit dem Urteil aus offiziell „technischen Gründen“ offline und sind alle Online-Aktivitäten der *Fiji Times* bis auf Weiteres unterbrochen. Dadurch ist es noch schwerer, abzuschätzen, inwieweit auch auf die Printversion Einfluss genommen wird.

Die *Motibhai Group of Companies*, die Patel gehört, hatte die *Fiji Times* erst im vergangenen Jahr übernommen, nachdem die Übergangsregierung durch den Verkauf der Zeitung vom australischen Ableger des international agierenden Rupert Murdoch Medienkonzerns an einen fidschianischen Staatsbürger erzwungen hatte. Bereits damals war spekuliert worden, dass sich Teile des Media Development Decrees, welcher der Regierung Möglichkeiten zum Eingriff in die Presse-

freiheit einräumt, insbesondere auf die *Fiji Times* beziehen und die Übergangsregierung eigentlich die vollständige Schließung der auflagenstärksten und ältesten fidschianischen Tageszeitung angestrebt hatte.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp; Quelle: *Pacific Islands Report* 18.4.2011, *Islands Business* 15.4.2011, Statusmeldung von www.fijitimes.com, ältere Ausgaben der Pazifik-Aktuell)

Regierung bereitet Landnutzungsplan vor

Das fidschianische Ministerium für Land und Rohstoffe hat die konkrete Ausarbeitung eines Landnutzungsplans begonnen. Dies gab der Staatssekretär für Land und Naturre Ressourcen im April bekannt. Er sagte, dass nun mit allen Beteiligten zusammengearbeitet würde, um einen Landnutzungsplan für Fidschi zu erstellen. Der Plan soll klare Regelungen zur Nutzung von vorhandenem Land für Landwirtschaft, Tourismus und andere Wirtschaftszweige enthalten.

Unter anderem soll der Plan die Landwirtschaft schützen und sollen gewisse landwirtschaftlich genutzte Flächen nur dann für andere Zwecke genutzt werden dürfen, wenn eine nachhaltige Landwirtschaft auf den betroffenen Flächen nicht mehr möglich ist.

Die militärische Übergangsregierung unter Voreqe Bainimarama, der neben dem Amt des Premierministers auch das Ministeramt für Land und Rohstoffe innehat, hat immer wieder Landreformen angekündigt und sieht diese als eine wichtige Voraussetzung für eine Rückkehr zur Demokratie des Landes. So bestätigte der Staatssekretär auch, dass der Landnutzungsplan vor dem Jahr 2014, dem von der Übergangsregierung verkündetem Zeitpunkt für demokratische Wahlen, in Kraft treten solle.

Die Frage von Landrechten und Landnutzung spielt in Fidschi schon lange eine Rolle und war in

der Vergangenheit ein zentraler Auslöser für Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Land befindet sich traditionell nur im Besitz der i-taukei (indigenen Fidschianer), was zu Unmut vor allem bei der großen indisch-stämmigen Bevölkerung geführt hat. Inwieweit sich der nun in der Ausarbeitung befindliche Plan auch mit diesem kontroversen Thema, wie bei früheren Ankündigungen einer Landreform versprochen, beschäftigt, ist noch nicht bekannt. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quelle: Islands Business 12.4.2011, FijiSun 12.4.2011)

Indonesienbesuch: Annäherung an ASEAN & Beitritt zur Bewegung Blockfreier Staaten

Fidschi bemüht sich um eine deutliche Ausweitung seiner Beziehungen zu Südostasien und insbesondere zu Indonesien. Dies machte der fidschianische Übergangspräsident Voreqe Bainimarama bei einem Staatsbesuch in Indonesien deutlich. Er traf sich unter anderem mit seinem indonesischen Amtskollegen Susilo Bambang Yudhoyono in Jakarta, aber auch mit Gouverneuren verschiedener indonesischer Provinzen. Kurz zuvor hatte Indonesien erstmals als Beobachter an einem Treffen der Melanesian Spearhead Group (MSG) teilgenommen. Dieser Schritt sei, wie bei dem Treffen in Indonesien hervorgehoben wurde, insbesondere von Fidschi unterstützt worden.

An dem Staatsbesuch in Indonesien waren neben Bainimarama auch der Außenminister Fidschis, Ratu Inoke Kubuabola, sowie weitere Minister beteiligt. Fidschi will bald auch eine neue Botschaft in Indonesien eröffnen. Dies soll laut Bainimarama nicht nur die Beziehungen zu Indonesien, sondern auch zu den Mitgliedstaaten der *Association of South East Asian Nations* (ASEAN) vertiefen und Fidschi verstärkten Zugang zu den Wirtschaftsmärkten dieser Region

verschaffen. Diskutiert bei dem Zusammenkommen wurde sogar die Möglichkeit einer beobachtenden Mitgliedschaft für Fidschi in ASEAN. Indonesien hat Fidschi zugesagt, die Anfrage auf eine beobachtende Mitgliedschaft den Staats- und Regierungschefs der Region zur Diskussion vorzulegen.

Bei dem Treffen wurde auch über Möglichkeiten zur Rückkehr Fidschis zur Demokratie und die Vorbereitung demokratischer Wahlen gesprochen.

Unabhängig von dem Staatsbesuch in Indonesien hat Fidschi bekanntgegeben, der *Bewegung Blockfreier Staaten* (Non-Aligned Movement, NAM) beizutreten. Dem ursprünglich in der Zeit des Kalten Krieges gegründeten Staatenzusammenschluss gehören über 100 Staaten an, darunter auch Papua-Neuguinea und Vanuatu. Der vom NAM selbst als „überraschend“ bezeichnete Beitritt wird von Beobachtern als weiterer Schritt in Richtung verstärkter Beziehungen zu Asien und zu einer weiter sinkenden Bedeutung der traditionellen regionalen Partner - Australien und Neuseeland sowie benachbarte Inselstaaten – betrachtet. Laut Bainimarama soll der Schritt in der Tat auch zu einer besseren Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten, die größtenteils Mitglied der NAM sind, beitragen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: Pacific Islands Report 5.5.2011, Islands Business 8.4.2011, Islands Business 11.4.2011, Website der Bewegung blockfreier Staaten: <http://www.nonaligned.org/>)

US-Botschafterin ernannt

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat Mitte Mai Frau Frankie Annette Reed aus Maryland zur neuen Botschafterin auf den Fidschi-Inseln ernannt. Als so genannte „nicht-residentielle“ Botschafterin wird die Amerikanerin auch für Nauru, Tonga, Tuvalu und Kiribati zuständig sein. Reed ist derzeit noch im Amt der stellvertretenden Direktorin für das Referat Asien und Pazifik im US-Außenministerium. Von 1999 bis

2002 war sie zweite Botschafterin in Apia (Samoa), von 2005 bis 2008 war sie am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg tätig.

(<http://m.whitehouse.gov/the-press-office/2011/05/16/nominations-sent-senate>, Flash d'Océanie 17.05.11)

VANUATU

Politischer Hickhack um Premier

Nach nur viermonatiger Amtszeit hat Premierminister Sato Kilman am 24. April zunächst ein Misstrauensvotum gegen ihn verloren, so dass Serge Vohor neuer Premierminister wurde. Vohor war bereits viermal Premierminister. Der pensionierte Rechtsanwalt stammt von der Insel Espirito Santo und ist Mitglied der Partei „Union of Moderate Parties“, einer frankophonen, konservativen Partei.

Bereits am 13. Mai musste Vohor sein Amt an Sato Kilman zurückgeben, nachdem drei Richter des Berufungsgerichtes Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung im Parlament festgestellt hatten. Vohor hatte bei der Abstimmung der 52 Parlamentarier keine absolute Mehrheit erreicht, weil nur 26 Abgeordnete für ihn gestimmt hatten. Das Gericht entschied weiters über die Einsetzung des Parlaments unter Kilman in der gleichen personellen Besetzung wie vor dem Misstrauensvotum vom 24. April. Kilman entschied sich jedoch am 19. Mai zu einer Kabinettsumbildung und ernannte Wille Reuben Abel von der „Vanuaaku Pati“ zum neuen Gesundheitsminister, obwohl Abel eigentlich in der Opposition war. Der „alte“ Gesundheitsminister Don Ken wurde unter Protest zum neuen Innenminister ernannt. Weitere Politiker wurden im Rahmen der Kabinettsumbildung „verschoben“ oder wechselten gleich freiwillig zu Kilmans Partei.

Info: Sato Kilman war bereits von Dezember 2010 bis zum 25. April 2011 Premierminister. Er ist Vor-

sitzender der „People's Progress Party“ und Abgeordneter für den Wahlbezirk Lakatoro auf der Insel Malekula.

(Radio Australia 25.04.11ff., Flash d'Océanie 19.05.11ff, Wikipedia)

(Anmerkung der Redaktion: Die Quellenlage zur politischen Situation in Vanuatu ist nicht zuverlässig. Eigentlich seriöse Quellen wie das CIA World Factbook sind nicht auf dem aktuellen Stand, die Nachrichten aus Vanuatu selber widersprechen sich.)

Neuer nationaler Lehrplan

Das Bildungs- und Erziehungsministerium hat den ersten gemeinsamen nationalen Lehrplan für englisch- und französischsprachige Schulen und Bildungseinrichtungen Anfang Mai verabschiedet. Bis dato gab es an den Schulen unterschiedliche Lehrpläne, je nach Sprache. Dabei sahen sich die frankophonen Schüler als benachteiligt an. Sie benötigten zur Erarbeitung des Lernstoffes durchschnittlich ein Jahr länger als die Schüler auf englischsprachigen Schulen. Die frankophonen Schüler waren deshalb auch mit Beginn des Universitätsstudiums ein Jahr älter als die englischsprachigen. Außerdem beklagten sie den niedrigeren Wissensstand. Sie hätten Schwierigkeiten, die Aufnahmeprüfung zur „University of the South Pacific“ zu bestehen, da sie zwar alles über die europäisch-französische Geschichte wüssten, aber nur sehr wenig über ihre eigene pazifische Geschichte.

Bildungs- und Erziehungsminister Charlie Albert versprach eine Gleichbehandlung aller Schüler durch das neue Curriculum. Zukünftig seien alle Schüler unabhängig von der Sprache auf dem gleichen Wissensstand.

Info: Vanuatu war als „Neue Hebriden“ seit 1906 ein britisch-französisches Kondominium. Mit Zustimmung beider Kolonialmächte wurde der melanesische Inselstaat 1980 unabhängig. Bis heute sind Englisch und Französisch offizielle Amtssprachen, obwohl sich die rund 243.000 Ein-

wohner untereinander mit „Bislama“ verständigen. (Radio NZ Intern. 05.05.11, CIA World Factbook)

Kava-Flaschen als „Hit“

In Plastikflaschen abgefüllte Kava entpuppt sich als Verkaufsschlager auf dem Markt von Port Vila. Ein cleverer Geschäftsmann hatte die Idee, frische Kava in Flaschen zu füllen und diese als „to go“ auf dem Markt anzubieten. 144 Flaschen lässt Jack Berry aus Tongoa täglich von seinen vier Angestellten befüllen.

„Lava Kava Bottling“ liefert die Kava-Flaschen auch im Stadtgebiet aus. Je nach Füllmenge kosten die Flaschen zwischen 100 Vatu bis zu 1.000 Vatu (ca. 7,40 €) für die 1,5 Liter Flasche.

Berry, ein ehemaliger Bauarbeiter, eröffnete sein Geschäft Ende 2010 in Rentepau auf der Hauptinsel Efate. Der Verkauf der abgefüllten Kava hat sich in Port Vila als „Hit“ entpuppt, so dass Berry über eine Vergrößerung seiner Firma nachdenkt. Ebenso erwägt er den Export der Kava-Flaschen in die melanesischen Anrainerstaaten Neukaledonien, Fidschi und die Salomonen, in denen ebenfalls gerne und viel Kava getrunken wird. Nach Berrys Angaben nutzen vor allem Geschäftsleute in der Innenstadt seinen Bringdienst, da die Kava verzehrfertig und hygienisch verpackt ankommt und ohne weiteren Aufwand sofort getrunken werden kann. (Vanuatu Daily Post 03.03.11)

Partei auf Epi gegründet

Anfang Mai hat sich auf der Insel Epi eine neue politische Partei gegründet, die „Vanuatu Progressive Development Party“. Zum Parteivorsitzenden wurde der Geschäftsmann Robert Bohn ernannt, zum Generalsekretär und Schatzmeister Peter Mawa. Die Partei wird zu den Parlamentswahlen 2012 antreten.

Im Gespräch mit „Television Blong Vanuatu“ sagte Bohn, Ziel

der Partei sei die Unterstützung der Menschen im ländlichen Raum, namentlich auf Epi. Die Regierung in Port Vila tue seiner Ansicht nach viel zu wenig für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes.

An der Gründungszeremonie der Partei nahmen Vertreter von Kirchen und die Führer der Klammengemeinschaften teil. Vanuatu brauche eine klare Vision, wohin es in den nächsten Jahren politisch steuern wollte. Hier auf Epi könne man nicht abwarten, bis die Regierung einen politischen Weg vorgabe, man werde selber etwas verändern, erklärte Bohn.

Als erste Maßnahme rief die neue Partei den „Epi Development Fund“ ins Leben, der über Mikrokredite Einkommensmöglichkeiten für die Menschen auf Epi schaffen soll, sowie die Handelsbeziehungen von Epi auf andere vanuatische Inseln stärken soll. Außerdem will der Fonds versuchen, den Lebensstandard auf Epi zu steigern.

Info: Epi ist eine vulkanische Insel im Norden der Shepherd-Inselkette in der Shefa-Provinz. Die Insel ist 43 Kilometer lang und 18 Kilometer breit, dort leben ca. 3.500 Menschen. (Vanuatu Daily Post 09.05.11, Wikipedia)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

UN-Berichterstatter erkundet Lage Indigener

Nachdem es in den letzten Monaten immer wieder Streit um das Hissen der einheimischen kanakischen Flagge neben, ober- oder unterhalb der französischen Flagge gegeben hat und sich aus diesem „Fahnenstreit“ eine allgemeine Diskussion über die Situation der indigenen Kanaken (kanak = Mensch) entspannte, haben die Vereinten Nationen einen Berichterstatter (Special Rapporteur) nach Neukaledonien entsandt. James Anaya ist Mitarbeiter im Ressort „Rights of Indi-

genous People“ der UNO und sollte vor Ort eruieren, wie es um die Rechte der Indigenen bestellt ist.

Nach Angaben diverser einheimischer Organisationen verdienen Kanaken weniger als „weiße“ Franzosen, sind schlechter ausgebildet und haben eine geringere Lebenserwartung.

Anaya ging bei seiner „fact-finding mission“ jedoch vor allem der Frage nach, wie es mit der Identität der Indigenen als Kanaken aussieht. Im Gespräch mit einer Redakteurin von „Radio Australia“ erklärte der UNO-Offizielle, er habe nicht den Eindruck, dass die Kanaken unter Identitätsverlust litten. Zwar würden sie unter dem Einfluss des französischen Mutterlandes stehen, doch sei die kanakische Identität so stark, dass sie nicht durch äußere kulturelle Einflüsse zerstört werden könnte. Allerdings fühlten sich viele Kanaken durch die französische Übermacht im öffentlichen Leben „bedroht“. Den Verfechtern einer kanakischen Unabhängigkeit, über die im nächsten Jahrzehnt per Referendum abgestimmt werden wird, sei es besonders wichtig, die Symbole der nationalen Identität wie Flagge, Wappen, Nationalhymne etc. als gleichwertig zu den französischen betrachten. Anaya erklärte, seinem Eindruck nach funktioniere dies ganz gut. In der Öffentlichkeit und bei allen offiziellen Anlässen wären sowohl die Kanaken als auch die Franzosen mit ihren nationalen Symbolen prominent vertreten. Er als außenstehender Beobachter habe nicht feststellen können, dass ein Land „wichtiger“ sei als das andere. (Radiointerview James Anaya mit Geraldine Couatts von Pacific Beat, 02.03.11)

Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten

Mehr als 10.000 Menschen haben Mitte Mai in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa gegen die dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten im französi-

schen Überseegebiet demonstriert. Der Protestmarsch war von der Gewerkschaft USOENC (Union des syndicats des ouvriers et employés de Nouvelle Calédonie) organisiert worden. Diese hatte eine Kampagne zur Strukturreform auf den Weg gebracht und für jede der drei Provinzen eine Demonstration organisiert. Die Protestmärsche in der Nördlichen Provinz und in der Provinz Loyalty Islands fanden wenige Tage nach der Hauptkundgebung statt.

Während der Demonstrationen blieben Schulen und Geschäfte geschlossen, inländische Flüge wurden abgesagt. Die Demonstrierenden verlangten auf Plakaten und in Redebeiträgen die Rückkehr zu politischer Stabilität, nachdem es seit Anfang des Jahres bereits vier Kabinettsumbildungen in Neukaledonien gegeben hatte. (Radio NZ Internat. 17.05.11)

MIKRONESIEN

Tauchbasis wiedereröffnet

Bikini-Atoll: Drei Jahre nach Schließung der Tauchbasis im Norden des Bikini-Atolls hat sich die lokale Atoll-Regierung von Kili, Bikini und Ejit (KBE) zur Wiedereröffnung entschlossen. Von Mitte Mai bis zum Ende der Tauchsaison im November soll die Tauchbasis geöffnet sein.

Bikini war bereits vor zehn Jahren vom „Condé Nast Traveler Magazine“ zur „Top 50 Worldwide Island Escape“ gekrönt worden. Das Tauchrevier vor der Nordküste wurde daraufhin von mehreren anderen renommierten Tauchmagazinen empfohlen.

Das KBE hatte entsprechend reagiert und unter Leitung seines Sprechers Jack Niedenthal eine moderne Tauchbasis eröffnet. 2008 musste die Basis geschlossen werden, da die Flugverbindung zum Bikini-Atoll aus Kostengründen eingestellt wurde. Das KBE hat nun in Eigeninitiati-

ve einen Sport-Promoter an Bord geholt: Martin Daly wird Tauchtouristen künftig mit seinem Motorboot auf dem Kwajalein-Atoll abholen und für zehn Tage nach Bikini bringen.

Niedenthal begrüßte den zunächst für ein Jahr geschlossenen Vertrag mit Daly und erklärte, Bikini habe besonders im vergangenen Jahr viel Aufmerksamkeit bekommen, als die UNESCO das Atoll zum Welterbe erklärt hatte. Die Interessenten an einem Kurzbesuch des Atolls habe man wegen des mangelnden Flugservices abweisen müssen. Nun könne man aber wieder mit Touristen rechnen und eventuell auch kürzere Aufenthalte als die zehntägigen Tauchurlaube anbieten, zeigte sich Niedenthal erfreut von Dalys Kooperation. (Marshall Islands Journal 15.04.11)

Zeitung eingestellt

Palau: Die Wochenzeitschrift „Palau Horizon“ ist nach 12 Jahren im März des Jahres eingestellt worden. Der in Saipan ansässige Redakteur Abed E. Younis begründete die Einstellung der Zeitung mit dem langsamen Wirtschaftswachstum und dem schlechten Geschäftsklima.

Info: Die „Palau Horizon“ erschien wöchentlich am Freitag in einer Auflage von rund 1.500 Exemplaren. Davon wurden 300 Exemplare auf Saipan und Guam verkauft. Der Verkaufspreis der englischsprachigen Zeitung lag bei 0,50 US-Dollar. Die Zeitung wurde vom Verlag „Island's Horizon Corporation“ herausgegeben. Im gleichen Verlag erscheinen derzeit in Palau noch die englischsprachige „Tia Belau“ und die „Island Times“. (Marshall Islands Journal, 25.03.11, <http://www.unesco.org/csi/smis/siv/Pacific/pacsurvey.htm>)

Militante Umweltschützer helfen Palau

Palau: Die Sea Shepherd Conservation Society, kurz „Sea Shepherd“ (Meereshirte), wird künftig mit Booten in den Küstengewässern Palaus patrouillieren, um illegale Fischerei und den Walfang im Naturschutzgebiet zu verhindern.

Die Regierung von Palau hatte 2009 die gesamten Küstengewässer der Inselrepublik zum Walfang-Schutzgebiet erklärt und damit dem Walfang vor allem durch japanische Trawler einen Riegel vorgeschoben. Da Palau jedoch nur über wenige Küstenüberwachungsboote verfügt, hat Sea Shepherd angeboten, mit einem eigenen Boot in den Gewässern zu patrouillieren, um illegale Fischer aufzubringen.

Info: Die Nichtregierungsorganisation Sea Shepherd wurde 1977 von Paul Watson gegründet, einem der ersten Mitglieder von Greenpeace. Sie ist eine militante Umweltschutzorganisation mit Sitz in Friday Harbor im US-Bundesstaat Washington, die sich dem Schutz der Meere und dem Kampf gegen den Walfang, die Robbenjagd sowie gegen unverhältnismäßige Fischerei verschrieben hat. Sea Shepherd ist eine Stiftung und finanziert sich durch Spenden. Die Organisation führt in internationalen Gewässern Aktionen gegen Walfänger, Robbenjäger und japanische Delfinfänger durch. Sie legt Wert auf die Feststellung, dass bei keiner ihrer Aktionen Gewalt gegen Menschen eingesetzt wurde oder wird. Die Organisation hat nach eigenen Angaben seit 1979 zehn Walfangschiffe versenkt. Sie nimmt Treibnetze an sich und vernichtet diese. Gegen die japanische Hochseefischerei und den japanischen Walfang führt die Organisation eine intensive Medienkampagne. (Tahitipresse 19.03.11, <http://www.seashepherd.org/>, Wikipedia)

Kwajalein-Nutzung verlängert

Marshallinseln: Die achtjährige Ungewissheit über die Nutzung des Kwajalein-Atolls durch das amerikanische Militär nach 2016 ist Mitte Mai beendet worden. Die traditionellen Landeigner der „Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site“ (RTS) einigten sich mit dem Präsidenten der Marshallinseln, Jurelang Zedkaia, und den USA über die Verlängerung des Pachtvertrages um weitere 50 Jahre bis zum Jahr 2066.

Info: Das Kwajalein-Atoll ist das weltgrößte Korallenatoll mit der größten umschlossenen Lagune. Die 16,4 km² große Landfläche umschließt eine Lagune von 2.174 km² Größe. Das Atoll umfasst insgesamt 97 Inseln, von denen die Insel Kwajalein die südlichste und größte ist. Elf der 97 Inseln sind an die USA verpachtet, die dort die RTS unterhalten. Die RTS besteht aus Radaranlagen sowie Anlagen für optische, Telemetrie- und Kommunikationsübertragung. Benutzt wird die RTS zur Überwachung und zum Abfangen von ballistischen Raketen und zur Unterstützung von Weltraummissionen. (Radio NZ Intern. 11.05.11, Wikipedia)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Nur zwei Frauen im Parlament

Samoa: Von den insgesamt neun Kandidatinnen für das Parlament von Samoa (fono) wurden nur zwei in das 49-köpfige Gremium gewählt. Die ehemalige Ministerin für Frauen und Familie, Fiame Naomi Mata'afa, bedauerte das: „Frauen haben noch keinen Fortschritt in der Politik gemacht. Wir

müssen die Wähler besser aufklären“, forderte sie in einem Gespräch mit einem neuseeländischen Radiosender.

Für die Parlamentswahlen hatten sich 158 Kandidaten aufstellen lassen, 102 von der „Human Rights Protection Party“ (HRPP), 47 von der Partei „Tautua Samoa“ und 32 Unabhängige. Die 49 Sitze des Fono verteilen sich nun wie folgt: 29 Sitze hält die HRPP, 12 Sitze die Tautua-Partei und acht Sitze die Unabhängigen. 47 Sitze des Parlaments werden von indigenen Samoanern anhand ihres Heimatortes gewählt. Mehrere Orte werden dabei zu einem Wahlbezirk zusammengefasst. Zwei Sitze im Fono werden von in Samoa lebenden Ausländern gewählt, die aufgrund ihrer Nationalität keinem samoanischen Heimatort zugeordnet sind. (Radio NZ Intern. 07.03.11, <http://psephos.adam-carr.net/countries/s/samoa/samoa2011.txt>)

Zunahme von Teenager-Schwangerschaften

US-Samoa: Eine Mitarbeiterin im US-samoanischen Gesundheitsministerium hat in einem Radiointerview die Zunahme von Schwangerschaften minderjähriger Mädchen beklagt. Margaret Sesepasara, die u. a. für das „Tafuna Family Health Centre“ verantwortlich zeichnet, sagte, allein in ihrer Beratungsstelle habe sie seit Anfang des Jahres 40 Teenie-Schwangerschaften registriert. Im Jahr 2010 hatten insgesamt etwas über 100 minderjährige Mädchen entbunden.

Sesepasara erklärte, eine Schwangerschaft in jungen Jahren gelte derzeit in US-Samoa als „cool“ und „chic“. Es sei ein regelrechter Trend zu frühen Schwangerschaften zu beobachten. Mädchen und junge Frauen wetteiferten um das jüngste Alter beim ersten Geschlechtsverkehr. Dabei käme es oft (auch ungewollt) zu Schwangerschaften. Die Familienberaterin forderte das Gesundheitsministerium auf, jeweils an

zwei Tagen pro Woche vor dem Schulbeginn Beratungsstunden abzuhalten und Verhütungsmittel kostenlos an SchülerInnen abzugeben. (*Radio NZ Intern. 21.04.11*)

Biennale und Workshops

Niue: Mit einem einwöchigen Kunst- und Literaturfestival, der „Niue Biennale“, hat die polynesische Insel Niue ihre Traditionen gefeiert. Ausstellungen, kulinarische Genüsse, Tanz, Gesang und ein Kunsthandwerkermarkt lockten Mitte April mehrere tausend Besucher auf die Insel, auf der regulär nur etwa 1.500 Menschen leben. Dem Festival war ein mehrtägiger Workshop zur Vertiefung der einheimischen Sprache „Vangahau Niue“ vorausgegangen. Die Koordinatorin des Workshops, Moira Enetama, zeigte sich begeistert von dem großen Interesse der Workshop-Teilnehmer. Es sei wichtig, die Sprache Vangahau auch für die nachfolgende Generation zu bewahren und sie aktiv zu beherrschen, da mit der Sprache vielfältige kulturelle Praktiken verbunden seien, wie etwa die Herstellung eines umu (Erdofen) zum Kochen.

Info: Niue ist eine Koralleninsel in der Nähe von Tonga und seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbunden. Die ca. 261 Quadratkilometer Insel ist eines der größten gehobenen Atolle der Welt. In den 13 Dörfern leben etwa 1.500 Menschen, darunter die Mehrheit in der Hauptstadt Alofi. Über 20.000 Niueaner sind nach Neuseeland emigriert. (*Radio NZ Intern. 22.04.11, Wikipedia*)

Erstmals Frau im Kabinett

Niue: Der Premierminister von Niue, Toke Talagi, hat erstmals eine Frau in sein vierköpfiges Kabinett berufen. Talagi war erstmals im Juni 2008 zum Premierminister gewählt worden und Anfang Mai nach diversen politischen Querelen in seinem Amt

bestätigt worden. In sein neues Kabinett berief er Pokotoa Sipeli, der bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Kabinett war. Neu im Kabinett sind Kapu Magatogia, der Abgeordnete des Dorfes Lakepa, und Frau Joan Tahafa Viliamu, die bei den Parlamentswahlen im Mai die drittgrößte Anzahl von Wählerstimmen erhielt. Welche Portfolio die drei Minister und Premier Talagi zukünftig innehaben, ist noch nicht bekannt. (*Radio NZ Intern. 20.05.11, CIA World Factbook*)

Koreaner erforschen tongaische Tiefsee

Tonga: Mitte April hat das koreanische Forschungsschiff „RV Aaron“ mit der Erforschung der tongaischen Tiefsee begonnen. 27 koreanische Wissenschaftler wollen in den nächsten vier Monaten herausfinden, welche Mineralien am Meeresgrund wie abgebaut werden können. Dabei soll es nach Angaben des Teamleiters, Kyeong-Yong Lee, nicht nur um die Erforschung der Tiefsee-Ressourcen gehen, sondern auch um die Frage, welche Auswirkungen auf die Umwelt ein Tiefseebergbau haben könnte. Es sei zunächst einmal wichtig, sich einen Überblick über das Ökosystem vor Ort zu verschaffen und zu schauen, wo sich welche Mineralien abgelagert hätten. Nach den vier Monaten werde man den Untersuchungsbericht und die Umweltstudie dem tongaischen Umweltministerium vorlegen, erklärte Lee. Man müsse auch eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellen, fügte Lee an. Sollten durch einen potentiellen Tiefseebergbau mehr Umweltschäden entstehen als die Mineralien wert seien, müsste man den geplanten Abbau erneut überdenken, so Lee.

Die koreanischen Wissenschaftler sind im Auftrag des „Korean Ocean Research and Development Institute“ (KORDI) vor Ort. Kordi hatte bereits 2009 eine Lizenz zum Tiefseebergbau von der tongaischen Regierung erhalten. Vizepremier Samiu Kuita Vaipulu

nahm als Vertreter der Regierung auch an der Ablegezeremonie der „RV Aaron“ im Hafen von Nuku'alofa teil. Die Koreaner hatten dazu ebenfalls die in Tonga lebenden expatriierten Koreaner eingeladen. Auch der koreanische Botschafter für Tonga, Kwan-il Noh, nahm an der Verabschiedung des Schiffes teil.

An Bord des Schiffes wird ein tongaischer Vertreter des Ministeriums für Land und Ressourcen sein, um die Untersuchungen zu überwachen. (*Taimi o Tonga 12.04.11*)

Zahnärzte behandeln Schulkinder

Tonga: Im Rahmen der „Pacific Partnership 2011“, einer unter amerikanischer Führung durchgeführten militärischen Übung im Bereich der Katastrophenvorsorge und humanitären Hilfe, haben neuseeländische Ärzte im Militärdienst eine Woche lang die Bewohner von Niuatoputapu (Tonga) behandelt. Das 20-köpfige medizinische Personal, unter ihnen neun Zahnärzte, errichtete vom 11. bis zum 18. April eine mobile Zahnklinik, um die rund 800 Bewohner von Niuatoputapu kostenlos zu behandeln.

Die Ärzte und Zahnärzthelferinnen führten nicht nur kurative Behandlungen an 200 Menschen, darunter 150 Schulkindern, durch, sondern organisierten auch Kurse zur Zahnpflege und Kariesprophylaxe für Eltern und Lehrer. Die Kommandantin des Teams, Major Tiffany Logan, erklärte, diese Aufklärungskampagne sei an einem Ort mit nur einer dauerhaft tätigen zahnmedizinischen Assistentin besonders wichtig.

Die neuseeländischen Soldaten installierten während ihres einwöchigen Aufenthaltes des Weiteren Wassertanks und setzten die beiden Schulen instand.

Der Einsatz der Soldaten wurde von der neuseeländischen Entwicklungshilfeorganisation NZAid mit 140.000 US-Dollar unterstützt. (*Matangi Tonga 28.04.11*)

Neuer Richter

Kiribati: Ende März ist Sir John Baptist Muria als Oberster Richter am Obersten Gerichtshof (engl. „Chief Justice of the High Court“) von Kiribati eingeschworen worden. Muria legte seinen Amtseid vor Präsident Anote Tong, den Ministern, dem Parlament, Vertretern des diplomatischen Corps und Mitgliedern der „Kiribati Law Society“ ab.

In seiner Antrittsrede bezog sich Muria vor allem auf einen Satz des Eides: „*do right to all manner of people according to law, without fear or favour, affection or ill-will*“. Muria versprach den Anwesenden, sich nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohl des Volkes zu engagieren und Recht zu sprechen, ungeachtet der Tatsache, dass es sich bei Kiribati nur um eine kleine Gemeinschaft von Menschen handelt (Einwohnerzahl ca. 100.000).

Sir Muria ist gebürtig aus den Salomonen. Dort arbeitete er elf Jahre als Oberster Richter, bevor er ins Ausland ging und sich im Gerichtswesen der Commonwealth-Länder engagierte, zuletzt in der Karibik. Muria hat einen Bachelor und Master (mit Auszeichnung) in Jura. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.

(Rongorongo Man, 25. März 2010, Seite 3)

Verbesserung des Müll-Managements

Kiribati: Eine Arbeitsgruppe unter neuseeländischer Ägide soll sich zukünftig um das Abfall-Management auf dem Atoll Tarawa kümmern. Das Programm läuft im Rahmen des von der neuseeländischen Regierung finanzierten „Kiribati Urban Development Program“. Anfang April besiegelten der neuseeländische Botschafter Robert Kaiwai, der Umweltminister von Kiribati, Amberoti Nikora, Vertreter des Stadtrats von Betio und des „Teinainano Urban Council“ das Abkommen mit ihrer Unterschrift. Als erste Maßnahme wurde die

Mülldeponie in Nanikai instand gesetzt. Diese war Anfang 2001 eingerichtet wurden, seit 2005 aber nicht mehr in Betrieb. Das Gelände war von Unkraut und Bäumen überwuchert und konnte nicht mehr als Mülldeponie genutzt werden. Im Folgenden sollen alle bereits vorhandenen Deponien in South Tarawa auf Vordermann gebracht werden. Mit den neuseeländischen Geldern sollen vor allem in der Hauptstadt mehr Abfallbehälter aufgestellt werden. Die Müllabfuhr soll verbessert werden, desgleichen die Mülltrennung. Auch sollen weitere Deponien angelegt werden. Zum Projektstart in Nanikai hatte die kiribatische Regierung die neuseeländische Fachfrau für Abfallmanagement, Alice Leney, nach Tarawa eingeladen. *(Rongorongo Man 01. April 2011, Seite 2)*

Mangroven gepflanzt

Kiribati: An den Küsten der Inseln Aranuka, Butaritari, Maiana, Makin und in Nord- und Süd-Tarawa sind 37.000 Mangroven-Setzlinge von Mitarbeitern und Helfern des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz gepflanzt worden. Die Gelder für die Setzlinge stammen aus dem Fonds des „Kiribati Adaptation Program, Phase II“ (KAPII), einem Fonds zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels in Kiribati.

Die Beauftragte für Biodiversität und Umweltschutz im Ministerium, Frau Turang Favae, erklärte, Mangroven böten Schutz vor Bodenerosion der Küstengebiete sowie eine gute Blockade bei Sturmfluten und ansteigendem Meeresspiegel. Das Ökosystem Mangrovenwald sei zudem besonders wichtig für den Erhalt diverser Arten, die den Menschen auf den Inseln u. a. als Nahrungsgrundlage dienen, erklärte Frau Favae. Auch dürfe man die kulturelle Bedeutung von Mangroven für Atollbewohner nicht unterbewerten. Getrocknete Mangrovenstämme dienen als Baumaterial und aus den Blättern würden traditionelle Heilmittel herge-

stellt.

Am Pflanzen der Setzlinge beteiligten sich die örtlichen Gemeinden, Jugendgruppen und Schüler. Es sei wichtig, die Gemeinden vor Ort in den Küstenschutz mit einzubeziehen, erläuterte Favae. So vermittele man der jüngeren Generation Umweltbewusstsein und Verantwortungsgefühl. Um noch mehr Öffentlichkeit zu gewinnen, konnte das Umweltministerium Präsident Anote Tong gewinnen, der bei der Pflanzaktion in Süd-Tarawa eigenhändig mitmachte und sich als Schirmherr der Aktion zur Verfügung stellte.

Das Pflanzen von Mangroven-Setzlingen zum Schutz der niedrig gelegenen Atollinseln ist eine wichtige Maßnahme bei der Anpassung an die Folgen des globalen Klimawandels sowohl im „Kiribati Development Plan“ für die Jahre 2008 bis 2011, als auch im „Kiribati National Biodiversity Strategy Action Plan“ für die Jahre 2006 bis 2010. *(Rongorongo Man, 18. März 2011, Seite 4f.)*

ADB vergibt Darlehen

Kiribati: Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat der Regierung von Kiribati ein Darlehen in Höhe von 12 Millionen US-Dollar gegeben. Das Geld soll der Renovierung von Straßen auf dem Hauptatoll Tarawa zugute kommen.

Das so genannte „Tarawa Road Upgrading Project“ kostet insgesamt 37 Mio. US-Dollar. Die Weltbank beteiligt sich mit 20 Mio. US-Dollar, die staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen von Australien und Neuseeland mit weiteren 4 Mio. US-Dollar.

Das Darlehens-Abkommen wurde Anfang März von dem kiribatischen Finanzminister Natan Teue und dem Infrastrukturexperten der ADB, Richard Phelps, in Bairiki unterzeichnet. *(Rongorongo Man, 18.03.11, Seite 7)*

Diplomat. Beziehungen aufgenommen

Kiribati: Ende März haben Kiribati und die Republik Finnland diplomatische Beziehungen aufgenommen und ihre zukünftige Partnerschaft mit der Unterzeichnung eines Abkommens besiegelt. Dazu war der finnische Botschafter für die pazifischen Länder, Pasi Patokallio, eigens aus Wellington (Neuseeland) in die kiribatische Hauptstadt Bairiki gereist. Er unterzeichnete das Abkommen gemeinsam mit Präsident Aote Tong. Bei dem anschließenden bilateralen Gespräch ging es vor allem um die Herausforderungen des Klimawandels. Botschafter Patokallio sprach mit dem kiribatischen Umweltminister Amberoti Nikora über mögliche Kooperationen und gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung der Klimawandelfolgen.

Finnland erhofft sich außerdem Kiribatis Unterstützung in Bezug auf einen potentiellen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Bei der 67. Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2012 in Genf werden drei Länder (Finnland, Australien und Luxemburg) um zwei zu vergebende Sitze im Weltsicherheitsrat konkurrieren. Patokallio gab unumwunden zu, dass man nun - nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem polynesischen Inselstaat - fest mit der Stimme Kiribatis rechnen. (*Rongorongo Man*, 25.03.11, Seite 5)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Misstrauensvotum gegen Tong Sang - Temaru erneut Präsident

Frz.-Polynesien: Die seit nunmehr sechs Jahren andauernde Serie häufiger Regierungswechsel reißt nicht ab. Der seit November 2009 regierende Präsident Gaston Tong Sang wurde

am 1. April 2011 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und durch den bisherigen Präsidenten der Landesversammlung, Oscar Temaru, den die Unabhängigkeit des Landes von Frankreich anstrebenden Anführer der Parteienkoalition „Union Pour La Démocratie“ (UPLD), ersetzt. Temaru war seit 2004 bereits viermal Präsident, Tong Sang dreimal.

Tong Sangs Regierungskoalition aus seiner Partei „To Tatou Ai'a“ und Gaston Flosses „Tahoeraa Huiraatira“ war bereits ein Jahr zuvor, im April 2010, zerbrochen, als Temaru mit den Stimmen der Opposition, inklusive mehrerer Tahoeraa-Abgeordneter, zum Versammlungspräsidenten gewählt wurde. Da die in drei Fraktionen gesplittete Opposition (UPLD, ein Teil der Tahoeraa und die Splitterfraktion „la Ora Te Fenua“ von Jean-Christophe Bouissou) sich aber nicht auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen konnten, führte Tong Sang seitdem eine faktisch geduldete Minderheitsregierung, die aber in ihrer Handlungsfähigkeit zusehends blockiert war.

Die Regierungskrise verschärfte sich Ende des Jahres, als die Versammlung sich weigerte, den von Tong Sang vorgelegten Haushaltsplan für 2011 zu verabschieden. Im Februar beschloss die Oppositionsmehrheit schließlich ihren eigenen Haushalt, während Tong Sang das Votum ignorierte und seinen Budgetentwurf ohne parlamentarische Bestätigung per Dekret im Amtsblatt veröffentlichen ließ, was als verfassungswidrige Handlung eingeschätzt wurde. Da fünf seiner Minister, darunter Vizepräsident Edouard Fritch, sich weigerten, Tong Sangs verfassungswidriges Haushaltsdekret gegenzuzeichnen, wurden diese am 1. März vom Präsidenten im Handstreich entlassen. Unter den gefeuerten befand sich Wirtschaftsminister Teva Rohfritsch, den die Nachricht seiner sofortigen Entlassung erreichte, während er das Land auf einer Konferenz in Neukaledonien vertrat, was dem bereits

deutlich angeschlagenen internationalen Image Französisch-Polynesiens nicht gerade zur Besserung verhalf.

Obwohl Tong Sangs Minderheitsregierung nun zu einer Splittergruppe mit nur noch einer Handvoll Stimmen in der Versammlung geschrumpft war, blieben die Oppositionsfraktionen weiterhin zerstritten. Durch geschicktes Taktieren gelang es allerdings Ende März der größten Oppositionsfraktion UPLD, mit einer Handvoll Überläufer aus Tong Sangs ehemaliger Regierungskoalition von den äußeren Inseln eine hauchdünne eigene Mehrheit zu bilden und einen Misstrauensantrag gegen Tong Sang einzureichen, ohne dafür auf die beiden anderen, pro-französischen Oppositionsfraktionen Tahoeraa und la Ora Te Fenua angewiesen zu sein. Um die neue Mehrheit ideologisch zu festigen, verlangte Temaru von allen Mitgliedern seiner neuen Mehrheit, eine Erklärung zu unterzeichnen, die die Wiedereinschreibung des Landes auf die UNO-Liste der nichtselbstregierten Territorien fordert. Nach langem Hin und Her bis zur letzten Minute vor der geplanten Abstimmung erhielt der Misstrauensantrag am 1. April schließlich die erforderliche Mehrheit von 29 von 57 Stimmen in der Versammlung, und Temaru wurde zum neuen Präsidenten.

Am 6. April stellte Temaru sein Kabinett aus elf Ministern vor, das sich vor allem aus UPLD-Mitgliedern sowie mehreren der frisch zur UPLD „bekehrten“ ehemaligen To Tatou Ai'a-Abgeordneten von den äußeren Inseln zusammensetzt. Vizepräsident ist Antony Geros (UPLD), der diesen Posten bereits in mehreren von Temarus früheren Regierungen innehatte. Am 14. Mai wurde der bisherige UPLD-Fraktionschef Jacqui Drollet zu Temarus Nachfolger als Präsident der Landesversammlung gewählt.

Interessant an dieser jüngsten Wendung in Tahitis politischem Drama ist, dass nun zum ersten

Mal eine Regierung an der Macht ist, die ein explizites Mandat hat, die Dekolonisierung des Landes voranzutreiben. Temarus frühere Regierungsmehrheiten waren stets an diesem Punkt gescheitert, weil sie Abgeordnete umfassten, die gegen die Unabhängigkeit waren und Temaru vorgeworfen hatten, er habe seine in den damaligen Koalitionsabkommen zugesicherte Neutralität in der Unabhängigkeitsfrage gebrochen. Da die neue unabhängigkeitbefürwortende Mehrheit aber nur über eine Mehrheit von einer Stimme verfügt, und die zu Temaru übergelaufenen Abgeordneten der äußeren Inseln für ihren Opportunismus berüchtigt sind, bleibt es abzuwarten, wie lange die neue Mehrheit hält, und ob sie in der Entkolonisierungsfrage Fortschritte erzielen kann.

Ein weiteres Vorhaben der Temaru-Regierung ist die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer, die es bisher in Französisch-Polynesien nicht gibt. Diese Maßnahme wäre sehr zu begrüßen, da damit die immer extremer werdende soziale Ungleichheit eingedämmt werden könnte. Dieses Vorhaben ist jedoch politisch ebenso gewagt wie die Initiative zur Entkolonisierung, da die Politiker und Regierungsbeamten die hauptsächlichen Profiteure des ungerechten Steuersystems sind. *(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique)*

Wirtschaftskrise zwingt Regierung zum Verkauf von Prestigeobjekten

Frz.-Polynesien: Die von permanenter politischer Instabilität und einer dadurch verstärkten schweren wirtschaftlichen Krise geplagte Landesregierung Französisch-Polynesiens hat nach langem Zögern erste Schritte unternommen, ihre dramatisch hohen Ausgaben zu senken und sich von unnötigen Prestigeobjekten zu trennen.

Bereits Tong Sangs Regierung hatte letztes Jahr den Verkauf des Anfang des letzten Jahr-

zehnts von dem damaligen Präsidenten Gaston Flosse angeschafften präsidentiellen Dienstflugzeugs (Spitzname „Air Flosse One“) sowie des von Oscar Temarus Regierung im Jahr 2005 als zukünftiges Botschaftsgebäude gekauften historischen Rocklands Hostel im neuseeländischen Auckland eingeleitet. Bereits am 15. Oktober wurde das Rocklands für 5,1 Millionen neuseeländische Dollar (weit weniger als der Kaufpreis von 2006) an eine neuseeländische Immobilienfirma verkauft. Die Präsidentenmaschine kaufte ein europäisches Konsortium im Auftrag der bhutanesischen Fluggesellschaft Druk Air am 10. März für 6,2 Millionen Euro.

Die neue Regierung Temaru folgte diesem Trend und unternahm einen deutlich drastischeren Schritt, indem sie beschloss, den von Flosse im Jahre 2000 erbauten luxuriösen Präsidentenpalast in Papeete nicht weiter zu beziehen, sondern zur Vermietung auszuschreiben. Vizepräsident Geros meinte, ein Palast im Kolonialstil passe nicht zum heutigen Tahiti. Wenn er und seine Kollegen im Palast seien, hätten sie den Eindruck, die Architektur passe nicht zu den Leuten, die darin arbeiten. Nach bislang nicht bestätigten Gerüchten interessieren sich sowohl eine chinesische Bank als auch eine Hotelkette dafür, den Ex-Palast von der Regierung zu mieten.

Schließlich forderte die französische Entwicklungsagentur (AFD) Ende April die Landesregierung auf, auch das Gebäude der Landesvertretung Französisch-Polynesiens in Paris zu verkaufen, andererseits könne sie dem Land keine weiteren Kredite einräumen.

Während all diese Maßnahmen eine wichtige symbolische Bedeutung haben, wäre es allerdings für die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes sehr viel wesentlicher, die übermäßig hohen Gehälter der unzähligen Beamten in den zahlreichen, vielfach nutzlosen und inkompeten-

ten Regierungsämtern zu kürzen, denn deren Summe schlägt weit aus deutlicher ins Gewicht als der Unterhalt einiger pompöser Gebäude.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique)

HAWAI'I

Geetzesvorschlag zur Untersuchung des rechtlichen Statuts

Die Abgeordnete im Repräsentantenhaus des US-Bundesstaats Hawai'i, Mele Carroll, brachte Mitte März einen Gesetzesentwurf zur Schaffung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung des völkerrechtlichen Status Hawai'is ein.

Grundlage der Gesetzesvorlage, bei deren Abfassung Carroll von dem hawaiischen Politikwissenschaftler Keanu Sai beraten wurde, ist ein 1893 zwischen der letzten hawaiischen Königin Lili'uokalani und dem damaligen US-Präsidenten Grover Cleveland geschlossenes Exekutivabkommen. Das Abkommen wurde geschlossen, nachdem der amerikanische Botschafter in Honolulu zuvor eigenmächtig eine US-Militärinvasion zum Sturz der Königin eingeleitet hatte, und sieht vor, dass die USA Hawai'i temporär unter Anwendung hawaiischen Rechts verwalten und die Königin so schnell wie möglich wieder in ihr Amt einsetzen. Obwohl das Abkommen, entsprechend der Doktorarbeit Sais, der über das Abkommen und seine Folgen promovierte, völkerrechtlich bindend ist, wurde es von den USA nie in die Tat umgesetzt, sondern Hawai'i stattdessen in grober Verletzung des Abkommens erst zum US-Territorium, dann zum US-Bundesstaat erklärt.

Der in Carrolls Gesetzesvorlage vorgesehene Untersuchungsausschuss soll den Status dieses historischen Abkommens und dessen Auswirkungen auf den heuti-

gen politischen Status des Inselstaates prüfen. Carroll argumentierte, jede/r Abgeordnete habe unabhängig von ihrer/seiner persönlichen politischen Überzeugung die Pflicht, für die Schaffung des Untersuchungsausschusses zu stimmen, da alle Abgeordneten einen Amtseid auf die US-Verfassung abgelegt haben, und die Verfassung internationalen Abkommen den höchsten rechtlichen Status zuspricht (d.h. Völkerrecht bricht Bundesrecht und Landesrecht).

Nachdem der Gesetzesentwurf bei einer öffentlichen Anhörung überwältigenden Zuspruch erhalten hatte, wurde er am 23. März einstimmig im Ausschuss für hawaiische Angelegenheiten des Staatsrepräsentantenhauses angenommen. Am 31. März wurde er in erster Lesung im Plenum des Repräsentantenhauses ohne Gegenstimme angenommen und an den Ausschuss für Rechtsfragen weitergeleitet. Dort wurde er allerdings nicht weiter behandelt und ist somit für diese Legislaturperiode gescheitert.

Trotz ihres diesjährigen Scheiterns markiert die Gesetzesvorlage, und insbesondere ihre mehrheitliche Annahme in erster Lesung, einen wichtigen Schritt in dem langwierigen Prozess, die völkerrechtswidrige amerikanische Besetzung Hawaiis zu beenden. Zum ersten Mal in der Geschichte des US-Bundesstaats hat nämlich die Mehrheit seiner Abgeordneten für eine Maßnahme gestimmt, die unweigerlich die langfristige Auflösung des illegitimen Bundesstaats und die Wiederherstellung einer unabhängigen hawaiischen Regierung zur Folge hätte. Es bleibt abzuwarten, wie die Gesetzesvorlage behandelt wird, wenn sie in der nächsten Legislaturperiode in zwei Jahren wieder eingebracht wird.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Website des Staatsparlaments [www.capitol.hawaii.gov]; eigene Recherchen)

Umstrittener Plan zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Der Gouverneur des US-Bundesstaats Hawai'i, Neil Abercrombie, hat mit einem kontroversen Plan zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit für Schlagzeilen und heftige Debatten gesorgt. Mitte Mai hatte Abercrombie angekündigt, Hawaiis schwerwiegendes „Obdachlosen-Problem“ mit einem konzertierten Plan binnen 90 Tagen zu mindern. Der Plan sieht vor, Notunterkünfte zu vergrößern, mehr Obdachlose in Sozialwohnungen unterzubringen und private Hausbesitzer zu animieren, ihre normalerweise sehr strengen Mietbedingungen zu mindern. Daneben sollen die medizinische Versorgung und andere Sozialleistungen für die Betroffenen besser verfügbar gemacht werden.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Obdachlosen in Hawai'i dramatisch zugenommen, und die Inselgruppe hat mittlerweile die dritthöchste Obdachlosenrate aller US-Bundesstaaten. Allein auf der Hauptinsel Oahu leben mehrere tausend Obdachlose, die meisten davon in Zelten in öffentlichen Parks oder an Stränden. Insbesondere seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 hat sich die Zahl der Wohnungslosen, oft ganzer Familien, immer mehr vergrößert, zumal anders als in europäischen Ländern der Sozialstaat nur rudimentär vorhanden ist. Zehntausende Einwohner Hawaiis leben in so prekären finanziellen Umständen, dass sie bei Verlust ihres Arbeitsplatzes sofort obdachlos würden.

Für starke Kritik sorgte Abercrombies Aufruf an alle wohltätigen Organisationen, kostenlose Mahlzeiten für Bedürftige nicht mehr in Parks, sondern nur noch in offiziell ausgewiesenen Notunterkünften zu verteilen. Die meisten Obdachlosen weigern sich, in staatlichen Notunterkünften zu leben, da diese von Ungeziefer verseucht sind, ihr Hab und Gut dort nicht sicher ist, und dort

strenge Regeln herrschen, die viele als Einschränkung ihrer Freiheit betrachten. Viele kirchliche und private Hilfsorganisationen empörten sich daher über den Aufruf des Gouverneurs, den sie als menschenverachtend, einem Fütterungsverbot für streunende Tiere vergleichbar, verurteilten. Abercrombie verteidigte sich gegen diese Anschuldigungen mit dem Argument, nur den Hunger der Bedürftigen zu stillen, aber ihnen nicht von der Straße weg zu verhelfen, könne keine Lösung sein.

Die Kritik vieler Hilfsorganisationen geht allerdings viel weiter. Viele meinen, die Regierungsmaßnahmen, selbst wenn erfolgreich, seien nur kosmetisch, und würden die Wurzel des Problems nicht beseitigen. Insbesondere wurde der Vorwurf laut, das einzige Ziel der Kampagne sei es, die Obdachlosen aus dem Stadtbild Honolulu zu entfernen, bevor im November das Forum der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) stattfindet, wofür US-Präsident Obama und zwanzig andere Staatsoberhäupter aus dem asiatischen und zirkumpazifischen Raum in Honolulu erwartet werden.

Der Kern des Problems dagegen wird von Abercrombies Plan nicht berührt. Hawai'i hat die teuersten Mieten aller US-Bundesstaaten, während das Pro-Kopf-Einkommen unter dem US-Durchschnitt liegt. Aufgrund von Immobilienspekulation stehen hunderte von neugebauten Wohnungen leer, deren Mieten sich niemand leisten kann. Gleichzeitig schieben zahlreiche Bundesstaaten und Gemeinden auf dem amerikanischen Kontinent durch Schenkung von Hinflugtickets systematisch ihre Obdachlosen nach Hawai'i ab - mit dem Argument, im tropischen Hawaii seien die Überlebenschancen auf der Straße höher als in der amerikanischen Winterkälte - und schaffen sich damit das Problem vom Hals.

Letztendlich liegt der Ursprung all dieser Probleme aber im politischen Status des Inselstaats als

angeblicher Teil der Vereinigten Staaten. Die offene Grenze zu den USA ermöglicht sowohl die Obdachlosenabschiebung als auch die unkontrollierbare Immobilienspekulation, die beiden entscheidenden Ursachen des Problems. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star-Advertiser; Business Week; Detroit Free Press; eigene Recherchen)

„Müll-Tsunami“ droht

Nach dem schweren Erdbeben in Japan am 11. März hat der ausgelöste Tsunami auch Hawai'i getroffen. Die rund zwei Meter hohe Welle hinterließ jedoch keine größeren Schäden. Nun droht der polynesischen Inselgruppe als Spätfolge aber eine Welle von Müll.

Forscher des „International Pacific Research Center“ an der Universität Hawai'i haben eine Computersimulation erstellt und ausgerechnet, welchen Weg die Überreste des Bebens und des Tsunamis aus dem Nordosten Japans nehmen könnten. Laut ihren Berechnungen könnten die Trümmer von Häusern, Autos, Möbeln, Elektrogeräten und Bäumen in rund einem Jahr die Strände von Hawai'i erreichen. Von dort aus dürften die Überreste weitergeschwemmt werden, bis sie in ca. drei Jahren die Westküste der USA erreichen könnten. Von dort aus reflektiert, könnte die „Müll-Welle“ in rund fünf Jahren erneut nach Hawai'i zurückkehren.

Bereits wenige Tage nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde in Hawai'i eine höhere Radioaktivität gemessen, die Experten darauf zurückführten, dass die Arbeiter im zerstörten Atomkraftwerk das radioaktiv verstrahlte Wasser aus den Reaktorblöcken ins Meer abließen. Die hawaiische Behörde gab zwar Entwarnung, da die Radioaktivität nicht über den für Menschen gefährlichen Grenzwerten lag; man befürchtet jedoch einen Anstieg der Radioaktivität, sollte weiterhin verstrahltes Wasser in den Pazifik

gepumpt werden. (Wiener Zeitung 09.04.11, Daily News update online, Flash d'Océanie 14.04.11, <http://mauinow.com/2011/03/22/safe-but-increased-radiation-level-recorded/>)

Erfolgreiche Pilotprojekte an Schulen

Im Rahmen der „Hawai'i Clean Energy Initiative“ (HCEI) wurden an der „Kahili Kai Elementary“-Schule in Honolulu und an der „Kihei Charter School“ von Maui erfolgreich LED-Beleuchtungs-Pilotprojekte umgesetzt. Hawai'i hat derzeit die höchsten Kilowattstundenpreise in den USA. 90 % des gesamten Energieverbrauchs wird von importiertem Öl abgeleitet. Die HCEI hat sich auf die Fahne geschrieben, innerhalb einer Generation auf 70 % saubere Energiequellen umzustellen.

An der Kahili Kai-Schule wurde die Außenbeleuchtung umgerüstet, und zwar von 26 Watt Kompaktleuchtstofflampen auf 11 Watt LED-Birnen. Mit einem Minimum von 50.000 Stunden Betriebsdauer und 50 % weniger Energieverbrauch bieten die LED-Birnen eine Senkung der CO₂ Bilanz der Schule auf 108 Tonnen während der „Lebenszeit“ der Birnen. Schuldirektor Stanley Kayatani teilte mit, dass der Lehrplan der Schule das Erlernen und Üben der drei R's beinhaltet: reduce – reuse - recycle. Die LED-Nachrüstung war eine von mehreren Initiativen der Kahili Kai, um den Energieverbrauch der Schule zu senken.

Bei der Kihei Charter School auf Maui wurden die 32 Watt, 4 Fuß Leuchtstoffröhren in den Klassenzimmern in 15 Watt LED-Röhren umgerüstet. Schuldirektor Gene Zarro lobte das bessere Licht der LED, den geringen Ausstoß an Wärme und die kostengünstige Anschaffung. Der Direktor versteht die Umrüstung als Beitrag zur Nachhaltigkeit und als verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne des Umweltschutzes.

Beide Pilotprojekte wurden von dem in Michigan (USA) beheimateten LED-Beleuchtungshersteller „Clean Light Green Light“, einer amerikanischen Tochtergesellschaft der Global Dynamix Solutions, durchgeführt. (Pressemitteilung Global Dynamix Solutions 28.03.11, http://www.cleanlightgreenlight.com/news_media17_mar23_11_ENG.html)

Uni bekämpft Übergewicht

Die University of Hawai'i hat vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium 25 Millionen US-Dollar zugewiesen bekommen. Damit soll die Uni Projekte zur Bekämpfung des Übergewichts bei jungen Menschen entwickeln und durchführen. Die Projekte sollen sich dabei vor allem auf indigene Hawaier sowie auf die indigenen Bevölkerungen von Guam, den Nördlichen Marianen und Alaska beziehen.

Die Teamleiterin des auf fünf Jahre ausgelegten Projektes, Rachel Novotny, sagte, es ginge vor allem darum, die Ernährungsgewohnheiten der Studierenden umzustellen. Projektmitarbeitende würden Studenten in den nächsten Jahren regelmäßig wiegen und ihre Essgewohnheiten überprüfen. Langfristiges Ziel sei es, die Studierenden zu mehr sportlicher Betätigung und gesünderem Essen zu motivieren. Dazu sollen an der Uni auch Workshops zum Thema gesunde Ernährung angeboten werden. (Radio NZ Intern. 22.04.11)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Erster Maori-Kommandant wird Generalgouverneur

Premierminister John Key hat General Jerry Mateparae zum neuen Generalgouverneur ernannt. Der Maori tritt sein Amt zum 1. August an, wenn sein Vorgänger Anand Satyanand in den Ruhestand tritt. Der 56-jährige Mateparae war mit 17 Jahren in die neuseeländische

Armee eingetreten und hatte dort Karriere gemacht. 2006 war er als erster Maori zum Oberkommandierenden der neuseeländischen Streitkräfte (New Zealand Defence Force) ernannt worden. Dieses Amt hatte er bis Anfang des Jahres inne, als er als Direktor in das Ministerium für innere Sicherheit wechselte. Während seiner militärischen Laufbahn war Mateparae u. a. mit dem Sondereinsatzkommando der Luftwaffe (Special Air Service) in Osttimor und Papua-Neuguinea stationiert.

Info: In den Mitgliedsländern des britischen Commonwealth vertritt der Generalgouverneur die englische Königin Elisabeth II. Er nimmt in ihrem Namen die von den jeweiligen Rechtsordnungen vorgesehenen zeremoniellen und verfassungsrechtlichen Funktionen wahr. Mateparae wurde für fünf Jahre gewählt. (*Radio Australia* 07.03.11, <http://tvnz.co.nz/politics-news/approval-new-governor-general-4049237>)

„Make-A-Wish“ unterstützt pazifische Kinder

Der neuseeländische Zweig der international tätigen „Make-A-Wish-Foundation International“ hat lebensbedrohlich erkrankten Kindern in Tonga, Samoa und Fidschi ihren Herzenswunsch erfüllt. Die Wünsche der Kinder reichten dabei von einem Flachbildfernseher bis zu Glitzerklamotten und einem Kleid für eine Barbie-Puppe. Die Vorsitzende von „Make-A-Wish New Zealand“, Gilli Sinclair, sagte, man wolle noch in diesem Jahr auch die Wünsche von Kindern in Vanuatu und auf den Cookinseln erfüllen. Längerfristige plane man auch ein Engagement in Papua-Neuguinea und auf den Salomonen.

Info: „Make-A-Wish“ ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in den USA, Zweigstellen bestehen in 35 Ländern auf fünf Kontinenten. Ziel der Organisation ist es, lebensbedrohlich erkrankten Kindern und Jugendlichen zwischen drei und 18 Jah-

ren vor ihrem Tod einen Herzenswunsch zu erfüllen und ihnen dadurch „*Hoffnung, Kraft und Lebensfreude*“ zu schenken.

Die Organisation wurde 1980 in den USA gegründet und hat seitdem mehr als 250.000 Kindern einen Wunsch erfüllt. In den wenigsten Fällen handelt es sich dabei um materielle Wünsche. Lebensverkürzend erkrankte Kinder wünschen sich stattdessen Erlebnisse, Treffen mit Stars und Vorbildern oder auch die Möglichkeit, einmal in einen Beruf hineinzuschnuppern, den sie nie werden ausüben können. Bei der Erfüllung der Wünsche arbeitet die NGO mit den behandelnden Ärzten der Kinder eng zusammen. Vor Ort sucht sich die Organisation Partner, die das ehrenamtlich arbeitende Team von „Make-A-Wish“ logistisch und finanziell unterstützen. (*Radio Australia* 11.04.11, <http://www.worldwish.org>, <http://www.makeawish.de/home.html>)

Mumifizierte Maori-Köpfe zurückgegeben

Im Beisein hochrangiger Politiker aus dem In- und Ausland hat die Bürgermeisterin der nordfranzösischen Stadt Rouen, Valérie Fourneyron, im Rathaus von Rouen einen mumifizierten und tätowierten Maori-Schädel an eine Delegation von neuseeländischen Maori zurückgegeben. Der Schädel war 1875 von dem Naturhistorischen Museum in Rouen (Musée d'Histoire naturelle) erworben worden und bis 1996 ausgestellt worden. An der Zeremonie, die nach traditionellen Maori-Riten mit der Aufführung von Hakas durchgeführt wurde, nahm auch Rosemary Banks, die neuseeländische Botschafterin in Frankreich teil.

Mit Gesängen und Gebeten ehrten die Teilnehmer der neuseeländischen Delegation den Schädel des toten Kriegers. Die Maori hatten traditionell die tätowierten Köpfe ihrer Krieger, die laut ihren Bräuchen nicht fotografiert oder gefilmt werden dürfen, aufbe-

wahrt. Im 19. Jahrhundert wurden die mumifizierten Schädel dann ein beliebtes Reiseandenken.

Der Schädel wurde an das Museum „Te Papa“ in Wellington zurückgegeben. Das Nationalmuseum von Neuseeland verfügt über eine umfangreiche Sammlung von Ethnographica der Maori, die in Zusammenarbeit mit diesen aufgebaut wurde.

Die Rückgabe dieser Schädel - auch „Toi Moko“ genannt - geht zurück auf ein Gesetz, das die französische Nationalversammlung im Mai 2010 erlassen hatte. Darin wurde festgelegt, dass alle in französischen Museen befindlichen mumifizierten Köpfe sukzessive an das „Te Papa“ zurückgegeben werden sollen. Im Verlauf des nächsten Jahres werden deshalb die Museen von La Rochelle, Lyon, Rochefort, Dunkerque, Lille, Marseille und Paris ihre insgesamt 15 Köpfe an Neuseeland zurückgeben.

Die Bemühungen der Neuseeländer auf Rückgabe der über die ganze Welt verstreuten rund 500 Maori-Schädel seit Anfang der 1990er Jahre waren bereits recht erfolgreich. So wurden insgesamt 300 Schädel, die meisten davon aus britischen und amerikanischen Museen, repatriert. (<http://www.n-tv.de/panorama/Paris-gibt-Maori-Koepfe-zurueck-article856370.html>, <http://www.lalsace.fr/actualite/2011/05/10/die-stadt-rouen-gibt-tatowierten-maori-kopf-zurueck>, *Flash d'Océanie* 13.05.11)

WESTPAPUA TIMOR-LESTE

† Agus Alua

Westpapua: Am 7. April verstarb im katholischen Krankenhaus „Dia Harapan“ in Jayapura überraschend Agus Alua, der Vorsitzende des Papua-Volksrates MRP (Majelis Rakyat Papua).

Der MRP-Vorsitzende hatte in den vergangenen Monaten unter

erheblichem politischen Druck gestanden. Unter der Führung von Agus Alua hatte der Papua-Volksrat im Juni 2010 das Sonderautonomiegesetz für gescheitert erklärt und an die indonesische Regierung zurückgegeben. Alua hatte das Scheitern des Sonderautonomiegesetzes für Papua selbst evaluiert und war für eine „neue Lösung“ für Papua eingetreten. Der Papuaführer wurde daraufhin des Separatismus bezichtigt und soll Drohungen erhalten haben. Medienberichten zufolge kamen diese Einschüchterungen unter anderem von Seiten der pro-indonesischen Gruppierung *Barisan Merah Putih* (Rot-Weiße Reihe).

Weiteres Konfliktpotential brachten die anstehenden Neuwahlen des MRPs. Die Amtsperiode der ersten MRP-Mitglieder war im vergangenen Herbst ausgelaufen. Seitdem stehen Neuwahlen an, die aus technischen wie politischen Gründen immer wieder verschoben werden. Verschiedene Gruppen der Papua-Gesellschaft hatten in den vergangenen Monaten einen Stopp der MRP-Wahlen gefordert, da die Regierung bis heute nicht Stellung zu den Forderungen des MRPs und der Papua-Vollversammlung von 2010 bezogen hatte. Im Februar waren Kirchenrepräsentanten der GKLT, der Baptisten- und der Kingmikirche nach Jakarta gereist, um die Zentralregierung um eine Unterbrechung der Wahlvorbereitungen zu bitten.

Medienberichten zufolge sollen seit der vergangenen Woche 73 Kandidaten für den MRP in einem Hotel in Jayapura in „Quarantäne“ gehalten werden. Die Inauguration der neuen MRP-VertreterInnen sollte am 12. April stattfinden. Angesichts des Todes von Agus Alua forderten viele Stimmen eine Verschiebung der Amtseinführung. *„Das Papua-Volk ist in Trauer. Die Amtseinführungen müssen verschoben werden“*, forderte der

Vorsitzende der Kingmi-Kirche, Dr. Benny Giay.

Agus Alua hatte auf Einladung des West Papua Netzwerkes und der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) im Jahre 2007 als Redner an einer Konsultation in Königswinter zum Thema der Sonderautonomie teilgenommen. Der MRP-Vorsitzende hatte sich für die Rechte der indigenen Papua eingesetzt und sich vor allem für die Besetzung politischer Ämter durch indigene Papua stark gemacht.

Agus Alua hinterlässt seine Frau und drei Kinder. (*E-Infobrief des West Papua Netzwerkes vom 11.04.11*)

Zwei Tote durch Polizeigewalt

Westpapua: Die internationale Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ berichtete über die Erschießung von zwei indigenen Papua durch Polizeibeamte zwischen dem 13. April und 15. April im Landkreis Dogiyai in der Provinz Papua. Drei weitere Männer wurden durch den polizeilichen Gebrauch von Schusswaffen verletzt.

Dem Amnesty-Bericht zufolge hatte die Polizei eine Durchsuchung wegen angeblichen Glücksspiels auf dem Markt von Moanemani vollzogen und dabei das Geld eines indigenen Papua, Dominokus Auwe, beschlagnahmt. Als dieser kurze Zeit später die Polizeistation von Moanemani aufsuchte, um sein Geld zurückzufordern, wurde er durch polizeiliche Schüsse in den Kopf und die Brust auf der Stelle getötet. Die Polizei schoss auch auf drei weitere Männer, die Dominokus Auwe begleitet hatten. Sie erlitten schwere Schussverletzungen.

Als Reaktion auf die polizeiliche Gewalt brannten indigene Papua die Polizeistation und –Baracken von Moanemani nieder. Daraufhin fand Mitte April eine großangelegte Polizeioperation in der Region statt, bei der ein weiterer Papua

durch einen Brustschuss getötet wurde. Mindestens fünf Häuser von Zivilisten sollen durch die indonesischen Sicherheitskräfte niedergebrannt worden sein, viele Papua sollen in die umliegenden Wälder geflüchtet sein.

Der dem Bericht zufolge anzunehmende unangemessene Gebrauch von Schusswaffen durch Angehörige der indonesischen Polizei muss eine unabhängige Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung der Täter nach sich ziehen - so die Forderung der Menschenrechtsorganisation. (*West-Papua-Netzwerk 19.04.11, Amnesty Public Statement ASA 21/010/2011 vom 15.04.11, West Papua Report May 2011*)

Ferrostaal plant Anlage in Westpapua

Westpapua: Das deutsche Industrieleistungsunternehmen Ferrostaal plant für das Jahr 2013 den Bau einer petrochemischen Anlage in Westpapua. Die rund 900 Millionen US-Dollar teure Anlage soll 2016 in Betrieb genommen werden. Jährlich sollen dann eine Million Tonnen Methanol und 200.000 Tonnen Dimethylether erzeugt werden. Das zur Herstellung benötigte Gas wird Ferrostaal von der Anlage in Tangguh (Bintuni Bucht) beziehen. Dort wird Liquefied Natural Gas (LNG) gewonnen.

Info: Die Ferrostaal AG mit Sitz in Essen ist eine Tochtergesellschaft der „International Petroleum Investment Company“ mit Sitz in Abu Dhabi. Das Unternehmen beschäftigt 4.200 Mitarbeiter an 60 Standorten weltweit.

(*The Jakarta Post 18.04.11, <http://www.guidchem.com/news/2011/04/22/13431.html>, <http://www.ferrostaal.com/>*)

Timor-Leste erwägt Beitritt zur MSG

Timor-Leste: Zum letzten Treffen der „Melanesian Spearhead Group“ war Timor-Leste als Beobachter eingeladen worden. In Vertretung des Landes nahm Au-

ßenminister Zacarias Albano Da Costa an dem Treffen teil. Er erklärte, Timor-Leste sei zunächst noch mit dem Beobachterstatus zufrieden, längerfristig könne man sich aber eine Mitgliedschaft bei der MSG vorstellen. Die Menschen in Osttimor hegten sehr positive Gefühle gegenüber den MSG-Mitgliedsländern, da Bürger dieser Länder an der Friedensmission der Vereinten Nationen und am Wiederaufbau des Landes beteiligt gewesen seien, erklärte Da Costa.

Auf dem Treffen habe er sich sehr gut mit den Außenministern der anderen Länder austauschen können, da die pazifischen Nachbarländer ähnliche Werte verträten wie Osttimor, sagte der Außenminister.

Info: Die „Melanesian Spearhead Group“ wurde 1983 gegründet. Es handelt sich um eine regionale zwischenstaatliche Organisation. Mitglieder sind die zu Melanesien zählenden Staaten Papua-Neuguinea, Salomonen, Vanuatu, Fidschi und die Partei FNLKS in Neukaledonien. Diese Mitgliedsländer haben ein subregionales Handelsabkommen geschlossen, um die Wirtschaft in Melanesien zu stärken. Mitte April wurde der fidschianische Interims-Premierminister Frank Bainimarama zum Vorsitzenden der MSG gewählt.

Das 18. Gipfeltreffen der MSG-Mitgliedsländer fand am 31. März in Suva (Fidschi) statt. (*Fiji Sun* 17.02.11, *Fiji Times* 31.03.11, 15.04.11)

Bye, bye ASEAN?

Timor-Leste: Timor-Leste hat eine Bewerbung um die Mitgliedschaft im Verband südostasiatischer Staaten, ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), eingereicht. Singapur erklärte offiziell, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, um den Beitritt Timor-Lestes zu verhindern.

Die ASEAN wurde 1967 gegründet und hat heute zehn Mitglied-

staaten (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam). Um im Jahr 2012 als 11. Mitglied anerkannt zu werden, wurde bereits im März 2011 die Bewerbung eingereicht. Die ASEAN-Mitgliedstaaten sind geteilter Meinung über den Beitritt des ärmsten und am wenigsten entwickelten Landes Südostasiens und beschlossen, den Antrag auf Mitgliedschaft vorerst abzulehnen.

Indonesien, Thailand und die Philippinen unterstützen die Bewerbung Timor-Lestes. Indonesiens Außenminister Marty Natalegawa argumentiert, dass Timor-Leste geografisch, politisch und wirtschaftlich zu Südostasiens Zukunft gehöre und deshalb in der ASEAN willkommen sei. Der philippinische Außenminister Alberto Romulo erklärte, dass der Beitritt Timor-Lestes nicht länger eine Überlegung darstellt, *ob* es dazu kommt, sondern *wann*.

Andere Mitgliedsstaaten sind jedoch anderer Meinung. Der Fokus sollte eher auf arme Mitgliedsstaaten wie Myanmar, Kambodscha und Laos gelegt werden. Singapur blockiert mit seinem Vetorecht die Aufnahme Timor-Lestes mit der Begründung, dass das Land noch nicht ausreichend vorbereitet sei und zu wenige Institutionen und kompetente Beamte hätte, um die ein-tausend jährlichen ASEAN-Treffen zu bewältigen. Außerdem sei Timor-Leste ein Hindernis im Prozess der Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft, die einen gemeinsamen Markt für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit im Jahre 2015 anstrebt. Die Befürchtung wurde geäußert, dass ein Beitritt eines weiteren wirtschaftlich schwachen und armen Landes die Bedeutung und das Ansehen der ASEAN minimieren könnte. Die ASEAN dürfe nicht im Schatten von China und Indien stehen.

Nach diesen harten Vorwürfen auf dem 18. Gipfeltreffen in Jakarta traf sich der Botschafter Singapurs mit Präsident José

Ramos-Horta Tage später in Dili zu einem klärenden Gespräch unter vier Augen.

Präsident Ramos-Horta beschuldigt die Regierung des Premierministers Xanana Gusmao, sich nicht intensiv genug auf eine Bewerbung vorbereitet zu haben und ruft sie auf, sich mehr für Bildung, Frieden und Einheit im Land einzusetzen.

Seitens der ASEAN wurde Timor-Leste nahegelegt, die Förderung von Mineralien, Gas und Petroleum zu intensivieren sowie den Fischerei- und Handelssektor auszubauen. Ein verzögerter Beitritt ist nicht ausgeschlossen. (*Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft*)

AUSTRALIEN

Firma kauft sich in Minengebiet ein

Der australische Minenbetreiber Axiom hat Anfang März 80 % der Anteile an einem 45 Quadratkilometer großen Gebiet mit Nickelvorkommen in Takata auf der Insel Santa Isabel (Salomonen) erworben. Die Nickelvorkommen wurden bereits vor 50 Jahren entdeckt, doch erst im letzten Jahr hatte die Regierung der Salomonen das Gebiet international zum Verkauf ausgeschrieben, nachdem in der Vergangenheit mehrere Investoren abgesprungen waren.

Nach bisher unbestätigten Angaben soll es sich um eines der größten Nickelvorkommen weltweit handeln. Axiom rechnet mit einer jährlichen Förderung von 160 Millionen Tonnen Eisenerz im Wert von 60 Milliarden AUSDollar.

Bis dato hat Axiom vor allem Minen im nördlichen Queensland (Australien) und in Vietnam betrieben. Nach einer Umstrukturierung des Konzerns und dem Austausch der Führungsetage will sich Axiom mit dem Ankauf der Anteile an Santa Isabel aber auf

dem globalen Markt etablieren und die in Santa Isabel gewonnenen Rohstoffe vor allem ins rohstoffhungrige China exportieren.

Nach Angaben der „Australian Associated Press“ (AAP) hat Axiom vor Erwerb der Minenanteile intensive Verhandlungen mit den Landeignern im betroffenen Gebiet geführt. Das australische Unternehmen hat daraufhin mit den Landeignervereinigungen der Kolosori und der Bungusule ein Joint Venture namens „Axiom KB Limited“ gegründet, an dem Axiom 80 % hält. 20 % der Anteile gehören den vor Ort ansässigen Kolosori und Bungusule. Das Joint Venture wird von fünf Direktoren geführt, darunter jeweils ein Vertreter der beiden Landeignergruppen.

Die Vorbesitzer der Minen, u. a. der japanische Bergbaukonzern „Sumitomo Metal Mining“, waren an Landstreitigkeiten und dem in der Vergangenheit niedrigen Nickelpreis gescheitert. Durch das Joint Venture und die bewusste Einbindung der örtlichen Landeigner in den Minenbetrieb erhofft sich Axiom die erfolgreiche Inbetriebnahme der Mine. Der Antrag auf die entsprechende Bergbaukonzession soll dem Bergbauministerium der Salomonen zeitnah vorgelegt werden.

Axiom hat das entsprechende Land auf Santa Isabel zunächst für einen Zeitraum von 50 Jahren gepachtet und will dort im offenen Tagebergbau Nickel und Gold fördern.

Info: Santa Isabel ist eine Insel in der gleichnamigen Provinz Isabel der Salomonen. Sie liegt zwischen den Inseln Choiseul und Malaita und grenzt südwestlich an das New-Georgia-Archipel. Die dicht bewaldete Insel ist vulkanischen Ursprungs und gehört zur Inselkette der südlichen Salomon-Inseln. Die längliche, knapp 3.000 km² große Insel erstreckt sich von Norden nach Südosten über eine Länge von 200 Kilometern, ist

aber im Schnitt nur 22 Kilometer breit. Hauptort ist Buala, gelegen an der Küste im Südosten der Insel. (*Wikipedia, <http://www.axiom-mining.com/news/updates%20march2011/AXIOM%20ISABEL%20NICKEL%20DEPOSITS%20SOLOMON%20ISLANDS%20STRATEGIC%20LEASE%20AMENDED.pdf>, Pacific Islands Report 02.03.11*)

Rudd beruft Botschafter

Der australische Außenminister Kevin Rudd hat Mitte Mai den Diplomaten Ric Wells zum neuen französischen Botschafter berufen. Wells wird sein Amt im Dezember des Jahres in Paris antreten. Wells war von 1980 bis 1985 Botschafter in Kairo (Ägypten), von 1987 bis 1989 in Jakarta (Indonesien). Von 2003 bis 2005 war er „First Assistant Secretary“ für die Abteilung „South Pacific, Africa and Middle East“ im australischen Außenministerium. Von 2005 bis 2009 war er Vorsitzender der Taskforce für die Freihandelsabkommen mit China, Japan und Korea. Von 2009 bis dato arbeitete Wells als Botschafter für das Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum (Asia Pacific Economic Cooperation, APEC). Er hat einen „Bachelor of Arts“ von der Universität Sydney und ist verheiratet.

(*<http://theglobalherald.com/ric-wells-appointed-australian-ambassador-to-france/16851/>, http://www.dfat.gov.au/dept/exec/wellsr_bio.html*)

SPORT

Profi-Surfer aus Hawai'i tödlich verunglückt

Mitte März verunglückte der 35-jährige Surfprofi Sion Milosky aus Hawai'i tödlich in der Nähe von San Francisco. Augenzeugen zufolge hatte der Surfer mehrere große Wellen erfolgreich abgefahren, bevor er in die mächtige Brandung stürzte und später bewusstlos treibend im

Wasser gefunden wurde. Der aus Kalaheo (Insel Kauai) stammende Milosky hinterlässt eine Frau und zwei Töchter.

Milosky gehörte zu den Shootingstars des letzten Winters. Er gewann das "North Shore Underground" Voting des Surfing Magazines, surfte an einem Outer Reef eine der größten Wellen, die jemals gepaddelt wurden und erhielt gerade seinen ersten großen Sponsor-Deal mit Volcom.

Die Mavericks-Bucht bei San Francisco zählt zu den begehrtesten, aber auch gefährlichsten Surfrevieren der Welt. Bis zu 15 Meter hohe Wellen bauen sich an diesem Teil der amerikanischen Pazifikküste auf. Alljährlich reisen die weltbesten Surfer zum „Mavericks-Wettbewerb“ an, der in den Winterstürmen mit haushohen Brechern ausgetragen wird.

Bereits 1994 war an gleicher Stelle der US-Amerikaner Mark Foo ertrunken, als er nach einem Sturz unter Wasser gehalten worden war. 2010 wurden Dutzende Zuschauer des Wettbewerbs verletzt, als sie am Strand überraschend von einer Woge getroffen wurden und in die Uferfelsen geschleudert worden waren.

(*<http://sports.espn.go.com/action/surfing/news/story?id=6226585>, <http://www.surfermag.com/features/sion-milosky-dies-at-mavericks/>*)

Wrestler qualifiziert sich für Olympische Spiele

Der von den Marshallinseln stammende Wrestler Waylon Muller hat sich zur Teilnahme an den Olympischen Spielen 2012 in London qualifiziert. Der 37-jährige Muller ist Mitglied der „Marshallische Wrestling Association“ und trainiert derzeit sechs Tage pro Woche im Trainingszentrum auf Majuro. Im September dieses Jahres wird er in Istanbul (Türkei) an den Weltmeisterschaften im Wrestling

teilnehmen.

Muller gehört weltweit zu den ältesten Wrestlern. Er ist seit über 20 Jahren „im Geschäft“ und hat in den letzten zehn Jahren bei diversen mikronesischen Wettkämpfen zehn Goldmedaillen gewonnen.

Die olympische Qualifikation schaffte Muller kürzlich durch den Gewinn der Silbermedaille bei den Ozeanischen Wrestling-Meisterschaften im März in Samoa. Durch seine Olympia-Qualifikation kann Muller finanziell vom Olympischen Komitee unterstützt werden. Sein einheimischer Trainer erklärte, Muller wolle einen externen Trainer einfliegen lassen, um sich gezielt vorbereiten zu können. Da es keinen anderen Wrestler auf Mullers Niveau in den Marshallinseln gibt, ist Muller auch darauf angewiesen, ein Trainingscamp im Ausland zu besuchen. Möglich gemacht wird dies durch die finanzielle Unterstützung des IOC, das auch den Flug nach London bezahlen wird.

Info: Die Marshallinseln dürfen erst seit 2007 an Olympischen Spielen teilnehmen. Sie erhalten jeweils zwei „Wild Cards“, da kleine Staaten wegen ihrer geringen Bevölkerung oft nicht über olympiataugliche Sportler verfügen. Bisher konnte sich nur ein einziger Sportler aus den Marshallinseln aufgrund seiner sportlichen Erfolge für eine Olympiade qualifizieren: Anju Jason nahm 2008 an den Olympischen Spielen in Beijing in der Sparte „Taekwondo“ teil. (*Marianas Variety* 05.04.11, *The Marshall Islands Journal* 01.04.11)

Düsseldorf verpflichtet Australier

Der deutsche Fußballverein „Fortuna Düsseldorf“ hat Ende März für die Saison 2011/2012 einen australischen Fußballspieler verpflichtet: Der 22-jährige Robbie Kruse aus Brisbane

(Queensland) soll die Offensive verstärken. Der zurzeit noch bei „Melbourne Victory“ spielende Angreifer unterschrieb bei den Rheinländern einen Dreijahresvertrag.

Für „Melbourne Victory“ spielt Robbie in der A-League und erzielte in der laufenden Saison bereits elf Tore in 19 Spielen.

Kruse ist auch Spieler in der australischen Nationalmannschaft mit bislang vier Einsätzen, in denen er ebenfalls einmal erfolgreich abschloss. Begonnen hatte Kruse seine Karriere 2007 bei den „Brisbane Roar“, wo er auf 26 Einsätze kam und vier Treffer markierte. 2009 wechselte er zu „Melbourne Victory“. Dort erzielte er in insgesamt 39 Begegnungen 16 Treffer. Sein Debüt in der Nationalmannschaft gab er 2004 für die U 17, für die er in elf Partien dreimal das Tor traf. Ab 2006 spielte er fünfmal für die australische U 20.

Fortuna Düsseldorf steht derzeit (Stand: 25. Mai) auf Platz sieben in der 2. Bundesliga.

(<http://www2.fortuna-duesseldorf.de/nc/pages/news/uebersicht-news/artikel/article/robbie-kruse-kommt-zu-fortuna-duesseldorf/index.htm>,
(<http://www.sport1.de>)

„TOK BILONG PASIFIK“

† „Mista Grasruts“

Papua-Neuguinea: Am 2. März starb der neuguineische Cartoonist Bob Browne an den Folgen einer Krebserkrankung im General Hospital von Port Moresby (Papua-Neuguinea). Der gebürtige Londoner studierte Grafikdesign am „College of Printing“. 1971 kam er als Freiwilliger über „Voluntary Service Overseas“ nach Wewak in Papua-Neuguinea. Hier arbeitete er in der „Wirui Press“ der katholischen Mission als Zeichner und begann bereits damals mit Cartoons für die pidginsprachige Wochenzeitung „Wantok“.

1990 nahm er die neuguineische Staatsbürgerschaft an und wurde Direktor der Abteilung „Visual Arts“ an der „National Arts School“ in Port Moresby. Browne arbeitete zeit seines Lebens in unterschiedlichen Positionen, u. a. als Pastor, Lehrer, Missionar und als Leiter der „City Mission“ in Moresby. Bekannt wurde der begnadete Zeichner mit der von ihm geschaffenen Kunstfigur „Mista Grasruts“ (Gras Roots). Seine Cartoons erschienen regelmäßig in den einheimischen Tageszeitungen, ab 1980 vor allem im englischsprachigen „Post-Courier“. Sie kommentierten ironisch das Tagesgeschehen im Land. Das Magazin „Islands Business“ nannte Browne einmal „das soziale Gewissen der Nation“.

Neben seinen bissigen Zeichnungen gab Browne auch einen Pidgin-Sprachführer in seinem Eigenverlag „The Grass Roots Company“ heraus, den „Grass Roots Guide to Papua New Guinea Pidgin“ mit dem Untertitel „Learn how to spik it like the real Grassroots“.

Browne hinterlässt seine Frau Segana und einen 15-jährigen Sohn.

(http://asopa.typepad.com/asopa_people/2011/03/creator-of-mista-grasruts-bob-browne-dies.html#tp,
http://www.thenewsmanual.net/about_pages/about_the_authors.html)

Frauen unterstützen Japan

Marshallinseln: Eine Frauenorganisation von den Marshallinseln hat sich zu einer ungewöhnlichen Fundraising-Aktion für die Opfer des Tsunamis und der Reaktorkatastrophe in Japan entschieden.

„Women united together Marshall Islands“ (WUTMI) verkauft traditionelles marshallisches Kunsthandwerk. Frauen des Wotje-Atolls knüpfen dazu mit der für Wotje typischen Technik Ohringe und Broschen in den japanischen Farben weiß und rot. Die Frauen von Wotje bedienen sich einer Knüpf- und Häkeltechnik, die ein-

zigartig für diesen Teil Mikroneisiens ist. Ein Dollar des Verkaufspreises von drei bis fünf Dollar geht an die Herstellerin des Schmucks, die restlichen Gelder werden als Spende an die japanische Botschaft übergeben.

(<http://wutmirimi.org/>, *Marshall Islands Journal* 25.03.11)

Marianen bieten Japanern Ferien an

Nördliche Marianen: Mit einem offiziellen Schreiben hat der Bürgermeister der Gemeinde Toa auf den Nördlichen Marianen, Melchior Mendiola, die durch den Tsunami und die Reaktorkatastrophe traumatisierten Japaner zu einem Erholungs- und Ferienaufenthalt in seinen Ort eingeladen. In seinem Brief an den Gouverneur der Präfektur Ibaraki schrieb Mendiola, er lade Japaner zu einer „pazifischen Pause“ (Zitat) ein. Der japanische Gouverneur ließ den Brief in der lokalen Tageszeitung veröffentlichen, worauf tatsächlich so viele Japaner nach Toa aufbrachen, dass Unterkünfte knapp wurden. Zwar waren die pazifischen Ferien nicht gratis, doch machten etliche Menschen von der Einladung Gebrauch.

Bürgermeister Mendiola verspricht sich von der Aktion auch längerfristige Erfolge bei der Belebung des Tourismus in einer Region, in der es zuletzt nur sehr wenige japanische Touristen gab, trotz der geographischen Nähe.

Info: Die Nördlichen Marianen sind ein Teilgebiet der Inselgruppe der Marianen, südlich von Japan und nördlich von Guam. Sie sind ein „unincorporated, organized territory“ der USA mit einer inneren Unabhängigkeit seit 1986 und mit einer eigenen Verfassung seit 1978. (*Marianas Variety* 15.04.11, *Wikipedia*)

Neues Geld ohne Königin

Fidschi: Fidschi bricht mit einer über 40-jährigen Tradition und gibt Mitte nächsten Jahres erst-

mals Münzgeld und Banknoten ohne das Porträt der britischen Königin Elizabeth II. aus. Das gab die entsprechende Planungsgruppe unter Premierminister Franck Bainimarama Anfang März bekannt. Auf der neuen Edition werden stattdessen typische fidschianische Symbole sowie Pflanzen und Tiere aus Fidschi zu sehen sein. So wird die 2-Dollar-Münze statt des Kopfes von Elizabeth künftig eine „Tanoa“ (eine Kava-Schale) zieren.

Fidschi war 1970 vom britischen Königreich in die Unabhängigkeit entlassen worden. Um symbolisch der „alten“ Kolonialmacht zu gedenken, hatte Fidschi stets britische Elemente auf Münzen und Geldscheinen verwendet. 2002 ging die „royale Serie“ in Druck mit dem Kopfporträt der Königin. Auch bei der letzten Ausgabe 2007 wurden noch alle Münzen und Geldscheine mit britischen Symbolen verziert.

Die Planungsgruppe entschied sich nun zur Abkehr von dieser Tradition. Fidschi war wegen des Putsches von Militärkommandant Bainamarama im Dezember 2006 und seiner Weigerung zur Durchführung demokratischer Wahlen vor September 2014 im Mai 2009 aus dem „Pacific Islands Forum“ und im September 2009 aus dem britischen „Commonwealth of Nations“ ausgeschlossen worden. (*Flash d'Océanie* 01.03.11)

Gauguin-Skulptur erzielt Rekordpreis

New York: Eine hölzerne Skulptur des französischen Malers und Bildhauers Paul Gauguin ist in New York von dem Auktionshaus Sotheby's für einen Rekordpreis von 11,2 Millionen US-Dollar versteigert worden. Die Skulptur namens „Jeune Tahitienne“ zeigt den Kopf eines jungen tahitianschen Mädchens mit großen Ohringen und einer Korallenhalskette. Die Skulptur entstand bei Gauguins Aufenthalt auf Tahiti zwischen 1890 und 1893. Aus dieser Zeit gibt es nur wenige er-

haltene Skulpturen des Malers.

Paul Gauguin hatte den Mädchenkopf 1894 der zehnjährigen Jeanne Fournier, der Tochter des Kunstsammlers Jean Dolent, geschenkt. 1961 wurde das Stück von einem Priester des Dominikanerordens erworben, bevor es schließlich beim renommierten Auktionshaus Sotheby's landete. (*Tahitipresse* 04.05.11)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Neue Partnerschaft im 21. Jahrhundert

Der Gesundheitsminister von Papua-Neuguinea, Sasa Zibe, hat eine neue Partnerschaft für das 21. Jahrhundert vorgeschlagen. „Ich lade junge Deutsche ein, nach Papua-Neuguinea zu kommen“, sagte Zibe am Rande seines Besuches bei Mission Eine-Welt. Ausdrücklich wende sich das Programm an die junge Generation, um gemeinsam etwas gegen Klimawandel, Regenwaldabholzung und Umweltzerstörung zu tun.

Die Erde müsse auch künftig bewohnbar bleiben, unterstrich der Minister. Als Folge der Erwärmung in Papua-Neuguinea sei etwa Malaria bereits im Bergland angekommen, das bislang als malariefrei galt. „Wir sind alle vom Klimawandel betroffen“, sagte Zibe, der 20 Jahre lang Umweltaktivist war. Von 2002 bis 2003 hatte er auch das Amt des Umweltministers inne. Wegen seines kritischen Engagements gegen die fortschreitende Umweltzerstörung musste er allerdings seinen Posten räumen. Seit 2008 ist er Gesundheitsminister von Papua-Neuguinea.

Das neue Programm spreche junge Menschen an, ob als kirchliche Mitarbeiter, als Freiwillige,

als Geschäftspartner oder Touristen. Zibe äußerte sich zuversichtlich, dass sich auch für junge deutsche Unternehmer auf dem Gebiet der regenerativen Energien und neuen Umwelttechnologien Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Papua-Neuguinea ergeben würden. „Wir sind überzeugt, dass dies der Beginn einer neuen Partnerschaft in den kommenden 100 Jahren ist.“ Die Zeit der klassischen Mission sei eine wichtige Grundlegung gewesen, die nunmehr in eine neue Epoche übergehe. Ausdrücklich dankte der Minister früheren Missionaren, die Frieden, Freiheit und Einheit gebracht hätten, aber hinsichtlich der Weiterentwicklungen „viel zu früh zurückgegangen seien“.

Die mehrwöchige Tour an der Huon-Küste umfasst kulturelle und touristische Schwerpunkte ebenso wie Umwelt-, Bildungs- und Gesundheitsthemen. Papua-Neuguinea übernehme alle Kosten im Land, so dass die Teilnehmer lediglich für die Flugkosten bis Lae aufkommen müssten, erläuterte der Minister. Das Programm soll noch im Dezember beginnen.

Der Gesundheitsminister war vom 21. bis 25. Mai beim Partnerschaftszentrum Mission EineWelt zu Gast, das im Auftrag der bayerischen evangelischen Landeskirche enge Beziehungen zur lutherischen Partnerkirche in dem südpazifischen Staat pflegt. Er besuchte unter anderem die Nürnberger Orgelwoche, die Diamed-Clinic und diakonische Einrichtungen der Diakonie in Neudettelsau und traf sich mit früheren Missionaren. (Artikel von Annekathrin Jentsch, Pressereferentin MEW, 26.05.11)

Mehr Geld für medizin. Personal gefordert

Der Dachverband der kirchlichen Krankenhäuser in PNG („Churches Medical Council“) fordert 30 % – 50 % mehr Geld für die Mitarbeitenden an kirchlichen Kran-

kenhäusern. 49 % der medizinischen Versorgung in PNG werden durch kirchliche Krankenhäuser und Gesundheitsstationen abgedeckt. Davon befinden sich wiederum 80 % in ländlichen Regionen. Im Vergleich zu medizinischem Personal in Regierungskrankenhäusern seien die etwa 3.000 kirchlichen Mitarbeitenden deutlich benachteiligt, weil sie nicht Teil der Regierungsstrukturen seien und nicht automatisch an dortigen Gehaltserhöhungen teilhaben können. (Post Courier 8.04.11)

Christlicher Radiosender im Chimbu

Der christliche Radiosender „Wantok Radio Light“ wird demnächst auch in der Chimbu-Provinz zu empfangen sein. Befürworter des Projekts hatten 20.000 Kina (5.300 Euro) Spenden gesammelt und an die Zentrale des Senders in Port Moresby übergeben, damit dieser die nötigen Investitionen in Höhe von 611.000 Kina (163.500 Euro) tätigen kann. Die Sendeanlagen im Chimbu werden die Nummer 13 sein. Um das ganze Land abzudecken, sind 86 Anlagen nötig, die bis zum Jahr 2020 fertiggestellt sein sollen. Das Programm des Senders ist überkonfessionell und behandelt auch Themen wie Stammeskämpfe, Zauberei, Drogenmissbrauch, Alkoholismus, Gewalt gegen Frauen oder Korruption. (Post Courier 18.03.11)

Lob für die Kirchen nach Tsunami-Warnung

Der Leiter des Krankenhauses in Vanimo, Elias Kapavore, bedankte sich bei den Kirchen in der Provinz. Während der Tsunami-Warnung aufgrund des Erdbebens in Japan hatten sie schnell und unkompliziert ihre höher gelegenen Gebäude zur Verfügung gestellt, um über 70 Patienten des an der Küste gelegenen Krankenhauses evakuieren zu können. Am nächsten Morgen

konnten alle Patienten wieder ins Krankenhaus verlegt werden nachdem der Tsunami ausgeblieben war. (The National 17.03.11)

ELC-PNG

Treffen ehemaliger Missionare

Über 150 ehemalige lutherische PNG-Missionare trafen sich im Wartburg-Seminar in Dubuque, Iowa (USA), um sich über „alte Zeiten“ auszutauschen und 125 Jahre lutherische Mission in PNG zu feiern. 1886 landete der erste deutsche lutherische Missionar an der Küste PNGs. Seither gab es hunderte von Missionaren auch anderer Denominationen im Land. Heute ist PNG ein christliches Land, in dem sich 96 % der Bevölkerung als Christen bezeichnen. Etwa 20 % sind Lutheraner. Hauptredner und Ehrengast war Rev. Hans Giegere, der Abteilungsleiter für theologische Ausbildung der ELC-PNG. (Telegraph Herald – Dubuque, IA, 02.04.11)

Dr. Michael Wan Rupulga neuer Prinzipal am MLS

Die Zustände am renommierten Martin Luther Seminar (MLS) in Lae seien alarmierend. Zu Beginn des neuen Studienjahres seien die Bankkonten überzogen, Gebäude heruntergewirtschaftet und die überseeischen Partner hätten ihr Personal am MLS drastisch reduziert, beklagt der neue Prinzipal. Bei seiner Einführung am 24. März betonte er, dass viele Dozenten, Angestellte und Studenten sich nicht an die Regeln und Ordnungen des Seminars halten würden.

„Der moralische Standard ist gesunken ... die Gegenwart und der Glanz Gottes sind verschwunden von unserem Campus ... einige Dinge sind fürchterlich schiefgelaufen in den vergangenen Jahren und wir müssen sie dringend in Ordnung bringen“, unterstrich er in seiner Predigt. Es bedürfe der Anstrengung aller Beteiligten, um

die Situation zu verbessern und das verlorene Vertrauen wieder zu gewinnen. (*The National*, 30.03.11)

FOUR SQUARE CHURCH

Export christlicher Kultur

Zur Eröffnung der "geistlichen Woche" (spiritual week) der Four Square Kirche in Goroka mit über 1.000 Teilnehmenden rief der stellvertretende Premierminister PNGs, Sam Abal, dazu auf, die christliche Kultur PNGs in die ganze Welt zu exportieren. „Wir haben uns das Christentum zueigen gemacht ... Die Herausforderung für Christen aus PNG ist es nun, die Lehren Christi dorthin zurückzubringen, von wo sie zu uns kamen und unseren Teil zur Rettung der Menschen beizutragen“, unterstrich er in seiner Rede. (*The National*, 24.02.11)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Neuer Bischof für Alotau-Sideia

Papst Benedict XVI. hat am 6. April Fr. Rolando Santos, C.M. zum neuen Bischof der Diözese Alotau-Sideia ernannt. Santos wurde 1949 auf den Philippinen geboren und 1974 zum Priester geweiht. Von 2001-2008 war er Geistlicher Leiter und Finanzverwalter des Heilig-Geist-Seminars in Bomana in der Erzdiözese Port Moresby. (*Mikado Pressedienst vom 08.04.11*)

Bischof: Gefängnisstrafen für Jugendliche sind schlecht

Erzbischof John Ribat, Port Moresby, hält es für einen Fehler, Jugendliche aufgrund von Alkohol-Delikten in Gefängnisse für Erwachsene zu sperren. In erster Linie sei Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen eine Anfrage an die Eltern und das soziale Umfeld. Anstatt sie einfach wegzusperren

sei es viel effektiver, sie individuell zu fördern und positiv in die Gesellschaft zu integrieren. Die Kirche verstehe Alkoholmissbrauch als ein gesellschaftliches Problem und nicht nur als einen Verstoß gegen bestimmte Gesetze. Statt neuer Gefängnisse bedürfe es vielmehr neuer Anstrengungen, den Respekt für das Leben zu fördern und Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Zur Vorbeugung von Alkoholmissbrauch sollten die Gesetze für den Verkauf von Alkohol verschärft werden. (*The National*, 4.03.11 und 9.3.11)

PAZIFISCHE KIRCHENKONFERENZ

Katastrophe in Japan

Die pazifische Kirchenkonferenz (Pacific Conference of Churches, PCC) hat in einer Presseerklärung auf die Katastrophen und die nukleare Krise in Japan reagiert. „Die PCC verurteilt die Entscheidung der japanischen Regierung, Meerwasser zur Kühlung in den Reaktor zu pumpen und anschließend wieder in den Pazifik zurückzuleiten. Dieses radioaktiv verseuchte Meerwasser bedroht unsere pazifischen Ökosysteme und die Lebensgrundlagen unserer Menschen“, heißt es in der Erklärung. Alle Mitgliedskirchen werden dazu aufgerufen, ihre prophetische Stimme zu erheben und sich gegen gefährliche Technologien zu wenden, die Gottes Schöpfung zerstören. (*Pressemitteilung des PCC vom 11.4.11*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Kathedrale abgerissen

Samoa: Die kath. Kathedrale Muliwai, ein historisches Bauwerk und Wahrzeichen von Apia wird abgerissen. Über 100 Jahre lang war sie Heimat für die Gläubigen und vielen fällt es schwer, den Abriss mit ansehen zu müssen. Allerdings sind die bestehenden Sicherheitsrisiken des Bauwerks

gravierend. Einem stärkeren Erdbeben würde die Konstruktion nicht mehr standhalten und viele Menschenleben könnten gefährdet werden. (*Pacific Islands Report*, 17.3.11)

Neuer Bischof für Rarotonga

Cookinseln: Nachdem Papst Benedict XVI. den Rücktritt von Bischof Stuart France O'Connell, S.M. akzeptiert hat, wurde Fr. Paul Donoghue, S.M. zu seinem Nachfolger ernannt. Er wurde 1949 in Neuseeland geboren, trat 1969 dem Maristenorden bei und wurde 1975 zum Priester geweiht. (*Mikado Pressedienst vom 12.4.11*)

Pädophile Priester

Guam: Anführer des „Netzwerks Überlebender derer, die von Priestern missbraucht wurden“ (Survivors Network of those Abused by Priests – SNAP) fordern von Erzbischof Anthony Apuron, die Namen pädophiler Priester öffentlich bekannt zu machen. Zum Schutz von Kindern fordern sie größtmögliche Transparenz. Die Erzdiözese hat den Aufruf bisher ignoriert. (*Pacific Islands Report*, 24.3.11)

Impressum:

Kein Pressedienst
Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„Pazifik aktuell“ erscheint
vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die
Partnerkirchen im Pazifik auf das
Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10,
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific
Magazine • Post-Courier • Radio
Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald •
Tahitipresse • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

Mission
EineWelt

Ökumenische Zentrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120